

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Kötterstraße 16 b.
Telephonruf Nr. 3392.

Inserate für Stellenvermittlung
Preis der sechsgepaltenen Kolonelle 1 Mark.
Geschäftsinsereate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von	284 000	erscheint diese Ztg.
	EXEMPLAREN	

Christlicher Gewerkschafts-Karneval.

Bs. In dem Duzend Jahre ihrer Geschichte ist es in der christlichen Gewerkschaftsbewegung nicht zur Ruhe gekommen vor persönlichen, taktischen und prinzipiellen Auseinandersetzungen. Lange hat man sich über die Frage gestritten, ob die Organisation auf konfessioneller (katholischer) oder interkonfessioneller (christlicher) Grundlage zu erfolgen habe, bis die Frage im letzteren Sinne entschieden wurde. Dann kam die lange und erbitterte Auseinandersetzung zwischen den beiden Führern Brust und Wieber, die durch einen faulen Frieden beigelegt wurde. Brust behielt die Oberhand, wurde aber bald darauf von seinen eigenen Leuten, den christlichen Bergarbeitern, selber kaltgestellt. Auch das Verhältnis zu den christlichen Eisenbahnerorganisationen, die sie der großen Zahl wegen so gerne gehabt hätten, aber der staatlichen Bevormundung wegen nicht haben konnten, hat den christlichen Gewerkschaften viel Sorge gemacht. Und dann brach auf einmal wieder der scheinbar für alle Zeiten entschiedene Streit aus: Ob konfessionell katholisch oder interkonfessionell christlich? Das hatte seine Gründe und lag in der Entwicklung der Dinge. Die christlichen Gewerkschaften waren gegründet im Gegensatz zu den bestehenden Zentralverbänden, die man als sozialdemokratisch bezeichnete, zur Bekämpfung des „Unsturzes“, wie man es nannte. Aber mochten die Macher und Führer der christlichen Gewerkschaften auch noch so eifrig versichern: Wir wollen keinen Klassenkampf, wir betonen die gemeinsamen Interessen von Kapital und Arbeit, wir erstreben den sozialen Frieden im Gegensatz zu den anderen Gewerkschaften, die Streikorganisationen sind — so entwickelten sich die Dinge unter dem Zwange der Verhältnisse doch anders. Die Beschäftigten mit sozialpolitischen Fragen schaffte Aufmerksamkeit unter den christlich organisierten Arbeitern, förderte die Kritik an staatlichen und öffentlichen Zuständen und trieb zur Opposition gegen manches, was man bisher, guter Genugung voll, hingenommen hatte. Die unabweisliche Teilnahme an den wirtschaftlichen Kämpfen schuf aber auch Unzufriedenheit, weckte die „Begrifflichkeit“, und was das Wichtigste: das gelegentliche Zusammengehen mit anderen Organisationen vermittelte die Kenntnis gegenseitiger Anschauungen, gestreute künstlich genährte Vorurteile, milderte dadurch die Gegensätze unter den Arbeitern, förderte die Annäherung und stärkte das Bewusstsein von der Notwendigkeit des allgemeinen Zusammenschlusses. Die christlichen Gewerkschaften bewirkten unbenutzt und ungewollt das Gegenteil dessen, wozu sie von ihren Machern außersehen waren. Das geschah zunächst dem christlichen Unternehmertum nicht; besonders Unbehagen aber verursachte diese Entwicklung dem Zentrum und der Kirche.

Und so entstand denn jetzt wieder eine rückläufige Bewegung. Weg mit den christlichen Gewerkschaften, die sich der kirchlichen und politischen Wucht zu entziehen drohen und unseren Feinden, dem „Unsturz“, in die Hände arbeiten; an ihrer Stelle konfessionelle Fachvereinigungen innerhalb der in gut ultramontaner Geistes geleiteten katholischen Arbeitervereine — so erhob sich der Ruf in Berlin, so erhob er sich in Trier und anderen frommen Gegenden. Auch die Subalterne Bischofskonferenz beschäftigte sich mit der Sache und sprach sich, etwas verlausuliert zwar, aber doch erkennbar genug im Sinne der konfessionellen Organisationen aus. Der Streit brennt jetzt lichterloh. Wie Berlin — hie M.-Gladbach, hie Trier — hie Köln! Und nicht nur in der Presse (Kölnische Volkszeitung gegen Trierische Landeszeitung, Westdeutsche Arbeiter-Zeitung gegen den Arbeiter in Berlin) tobt der Streit, er tobt in Versammlungen der beiden Richtungen wie auf ihren Verbandstagen, man arbeitet mit Gegenorganisationen wider einander und macht sich mit der Wut zweier Erbfeinde das Terrain freier — kurzum, die christliche Gewerkschaftsbewegung offenbar gegenwärtig ihre innere Haltlosigkeit, ihre inneren Widersprüche in geradezu selbstvernichtender Weise.

In M.-Gladbach, dem Sitz der Leitung des katholischen Volksvereins, und in Köln, der Zentrale der christlichen Gewerkschaftsbewegung, ist man für interkonfessionelle Organisationen. Man weiß, warum. Von hier aus wird das rheinisch-westfälische Industriegebiet bearbeitet, das mit einem reichlichen Prozentsatz evangelischer Arbeiter durchsetzt ist und wo eine offene und ausschließliche Festlegung der christlichen Gewerkschaftsbewegung auf das ultramontane Bekenntnis den Gegnern eine wirksame Waffe in die Hände geben würde. In den von Berlin aus geleiteten Bezirken des Rhens ist das nicht zu befürchten, ebensowenig wie in frommen Diözesen, wo die Sozialdemokratie noch nicht droht. Deshalb ist man hier für die ausschließlich katholische Form der Organisation. Natürlich haben beide Richtungen versucht, die höchste Instanz in Sachen des Glaubens und der Sitte, den römischen Papst, für ihre Zwecke mobil zu machen. Die Kölnische Volkszeitung hatte in den letzten Wochen mehrfach angedeutet, daß der Papst die Parteinahme deutscher Bischöfe für die Fachabteilungen, das heißt rein katholische Gewerkschaften, und gegen interkonfessionelle, das heißt christliche Gewerkschaften nicht billige. Insbesondere spielte dabei das Blatt auf eine Romreise des Bischofs Korrum von Trier hin. Daraus aber sah das Blatt sich genötigt, folgende, im Auftrag des Bischofs Korrum verfaßte Aufschrift des bischöflichen Geheimsekretärs Dr. Prior aufzunehmen:

1. Bischof Korrum hat in keiner Weise, weder direkt, noch indirekt, den Versuch gemacht, eine Kundgebung zugunsten des Berliner Verbandes oder gegen die christlichen Gewerkschaften zu veranstalten. Ein solcher Versuch ist also auch nicht mißlungen, und die gegenwärtige Behauptung ist unwahr. — 2. Tatsache ist, daß Bischof Korrum

anlässlich der jüngsten Audienz beim heiligen Vater Gelegenheit erhielt, in eingehender Weise über die bekannte Frage mit Seiner Heiligkeit zu sprechen. Was ihn zur Aussprache bewog, war der Wunsch, von Pius X. authentisch erfahren, ob er — der Bischof von Trier — mit seiner bisherigen Auffassung und seinen Anordnungen in der Diözese Trier den Intentionen der obersten kirchlichen Autorität entspreche und daher in der bisherigen Weise weiterarbeiten könne. — 3. Tatsache ist, daß Pius X. den Standpunkt des Bischofs von Trier durchaus gebilligt hat. Auf die Frage, ob die Organisation auf katholischer Grundlage, wie sie in unserem Verband geschildert werde, mit den Intentionen des heiligen Vaters übereinstimme, erwiderte Seine Heiligkeit: „Ganz gewiß; arbeiten Sie ruhig so weiter.“ Und als der Bischof bemerkte, er habe auch bis jetzt geglaubt, den Anschauungen Seiner Heiligkeit und ebenso den Weisungen Leos XIII. zu entsprechen, wiederholte der Papst: „Sicuro. Questo e la mia intenzione.“ (Gewiß. Das ist meine Intention.) — 4. Tatsache ist ferner, daß Pius X. dem Bischof von Trier sehr Erstaunen darüber ausgesprochen hat, wie die Kölnische Volkszeitung es wagen könne, zu entscheiden, ob seine Kundgebungen nur für Italien bestimmt seien oder für die ganze katholische Welt. — Etwas mehr Wacht und weniger Zuversichtlichkeit wäre da wohl am Platze.

Die Kölnische Volkszeitung ist über diese päpstliche Offenbarung nicht wenig bestürzt; sie hilft sich mit dem Troste, daß der Papst höchst wahrscheinlich nur das Vorgehen des Bischofs Korrum in seiner eigenen Diözese gebilligt habe und es nicht etwa zur Richtschnur für andere Diözesen machen wolle. Unklar ist, was der Papst seine Meinung durch folgende Worte des vatikanischen Osservatore Romano verlauten lassen: „In der katholischen Presse Deutschlands entstand in den letzten Tagen eine heftige Polemik betreffs der Frage, welche Einrichtung vorzuziehen sei, christliche Gewerkschaften oder katholische Fachabteilungen.“ Da nun von einigen die Autorität des heiligen Vaters mit in die Streitfrage hineingezogen wurde, gleichsam als ob der Papst die Fachabteilungen zum Schaden der christlichen Gewerkschaften gelobt hätte, sind wir ermächtigt zu erklären, daß Seine Heiligkeit mit gleichem Wohlwollen die einen wie die anderen lobt und ermuntert, wohl wissend, wie die einzelnen Bedürfnisse der verschiedenen Diözesen und Provinzen Deutschlands den Vorzug der einen anstatt der anderen Einrichtung bedingen.

Der Papst hilft sich also in der Art kluger Leute, die über eine Sache, von der sie nichts verstehen, urteilen sollen: er gibt beiden Teilen recht. Der Streit in ultramontanen Lager über die Konfessionalität oder Interkonfessionalität der Gewerkschaften kann also weitergehen. Jede Partei kann sich mit denselben Rechte wie die andere auf die Worte des Papstes berufen. Welche Beschämung für die christlichen Arbeiter in Deutschland, welche Komik aber auch für die übrige Welt, daß man es wagt, einen mit den heiligen Verhältnissen nicht im mindesten vertrauten, welfremden italienischen Priester als maßgebende Autorität dafür anzurufen, wie deutsche Arbeiter sich in der Gestaltung und Verfolgung ihrer wirtschaftlichen Interessen zu verhalten haben!

Über die Arbeiterverhältnisse in der Großeisenindustrie

(Schluß.)

Sue: Nun will ich aber gegenüber etwa nachfolgenden Rednern erklären, daß, wie wir durch Unterredung bei Lohnforderungen festgestellt haben,

bei Krupp die normale Schichtzeit,

sowie die Lohnrechnung in Betracht kommt, 24 Stunden beträgt (hört! hört! bei den Sozialdemokraten); das heißt: die Schichtzeit wird so berechnet, daß die Überstunden einfach in die Normalarbeitszeit, also auf 12 oder 10 Stunden, eingerechnet werden. Das hat sich aus einer Unterredung mit einem Revisor oder Betriebsführer ergeben, als sich die Arbeiter wegen der Lohnfrage beschwerten. Bei Krupp verdienen Hunderte und Tausende erwachsener, verheirateter Arbeiter unter 3 Mark. Allerdings, sagt man, sind es „ungelehrte Arbeiter“, Hilfsarbeiter. Ja, meine Herren, haben denn diese Hilfsarbeiter nicht genau dasselbe Recht, sich satt zu essen, wie sogenannte gelehrte Arbeiter? Wir haben nicht nach dem Berufsstand, sondern nach den Bedürfnissen der Arbeiter zu fragen, und ich kann ruhig behaupten: wenn irgendwo Lennerungsverhältnisse herrschen, wenn es eine teure Gegend gibt, dann sind es die Bezirke mit Bergwerksindustrie, mit Eisen- und Stahlwerken. Dementsprechend sollte auch der Lohn gestellt sein.

Meine Herren, die Metallarbeiter auf den Ruhrgebieten — ich entnehme das der christlichen Metallarbeiter-Zeitung — gelehrte Arbeiter, Schlosser, Dreher u. s. w., haben einen Lohn von 2,50 Mk. bis 3 Mk. pro Schicht. Die Zinkhütten in Letmathe — eine außerordentlich dividendenreiche Industrie ist die Zinkfabrikation — bezahlt Stundenlöhne an die Zinkhüttenarbeiter von 25 und 30 Pf. (hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dieselben Stundenlöhne zahlt das Werk Hahn im Harz; die Hüttenwerke im Saargebiet bezahlen an gelehrte Schlosser 2,50 Mk. bis 3 Mk. pro Schicht. So stehen die Arbeitslöhne in einer Industrie, wo die Werte 10, 15, 20, 30 bis 75 Prozent Dividende in einem Jahre verteilt haben. — Und, meine Herren, die

Akkordvergütung?

Bei Gelegenheit eines anderen Statistikers werde ich den Nachweis führen, daß man bei der Firma Krupp in den mechanischen Werkstätten, im Kanonenterrort die Akkorde in den letzten Jahren wiederholt ganz bedeutend reduziert hat, und ich werde mir erlauben — vielleicht wird das jetzt schon durch das Stenogramm dem betreffenden Herrn bekannt — dann anzufragen, ob das Reich für die Lieferungen, die es an Krupp gegeben hat, auch entsprechend billigere Preise hat bezahlen müssen; denn die Arbeiter haben bei Krupp in den letzten Jahren niedrigere Akkordsätze bekommen, sie haben, was sie mehr erhalten haben, durch intensivere Ausnutzung ihrer Kräfte herauszuwirtschaften müssen.

Meine Herren, wenn Sie die heutigen Akkordsätze in den Walzwerken für 1000 Kilogramm oder pro Charge in den Bessemerwerken mit den Sätzen vor 4 oder 5 Jahren vergleichen, werden Sie sehen, daß die Leute unmöglich so weiter ausgenutzt werden können; denn die Ausnutzung bleibt nicht in den Kleidern sitzen, sie geht in die Knochen.

Meine Herren, die Entlohnung ist um so unzureichender, als gerade in den Montanindustribezirken

außerordentliche Lennerungsverhältnisse existieren. Ich möchte Ihnen da ein Beispiel mitteilen. Als im Jahre 1878 die neue handelspolitische Gesetzgebung eingeleitet werden sollte, fand hier im Reichstag, glaube ich, eine Enquete über die Eisenindustrie statt. Unter anderen war da auch geladen Herr Generaldirektor Baare von Bochum. Dieser erklärte damals, eine vierköpfige Arbeiterfamilie müsse im Industriegebiet jährlich für Nahrung, Feuerung, Steuern, Miete und Versicherung 803 Mk. ausgehen. Andere Ausgaben waren von Herrn Baare noch nicht berechnet. Damals kostete das Pfund Fleisch nur 65 Pf.; heute kostet es aber 90 Pf. bis 1,10 Mk. Generaldirektor Baare hat die Preise damals festgestellt. Damals kostete die Miete für zwei Zimmer und einen Nebenraum 98 Mk.; heute kostet eine solche Wohnung 150 Mk. bis 200 Mk. (hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Löhne auf dem Bochumer Verein betrugen 1873 bis 1874 1192 Mk., 1903 bis 1904 1253 Mk., das heißt im Laufe von 30 Jahren ist der Lohn auf dem Bochumer Verein um 61 Mk. gestiegen.

Die Lebenshaltung ist aber bedeutend teurer geworden.

Während Herr Generaldirektor Baare selbst angegeben hat, daß im Jahre 1878 eine Summe von 303 Mk. zur Ernährung einer Familie notwendig war, gibt der Oberbürgermeister Schmieding in Dortmund in einer Petition, die uns zugegangen ist, die notwendigen Kosten für die Ernährung einer fünfköpfigen Familie auf 1024 Mk. an. Einen solchen Lohn verdient aber nur der geringste Teil der Eisen- und Stahlarbeiter und auch der Bergarbeiter im Ruhrgebiet. Eine uns zugegangene Düsseldorf Petition stellt fest, daß von 1900 bis 1904 die Mieten um 20 Prozent gestiegen sind. Der Post- und Telegraphenassistenten-Verband teilt aus den Industriegebieten mit, daß dort circa 1000 Mk. nötig sind, um für eine Familie nur die Nahrungsmittel kaufen zu können. Es ist also zweifellos, daß die ökonomischen Verhältnisse der Eisen- und Stahlarbeiter heute

nicht mehr den notwendigsten Bedürfnissen

entsprechen, die Ernährung eine schlechte ist, und infolgedessen braucht man sich nicht zu wundern, daß die Gesundheitsverhältnisse der Stahl- und Eisenarbeiter sehr zurückgehen. Es fehlt uns leider an einer umfassenden Statistik der

Ergebnisse der einzelnen Betriebskrankenkassen.

Vielleicht wäre das eine Arbeit für das Statistische Amt, die es rasch leisten kann. Von den Hüttenarbeitern kommen, soweit ich der Kasernenberichte habhaft geworden bin, durchschnittlich auf 100 Kasernenmitglieder 50 bis 60 Kranke, während in den allgemeinen Ortskrankenkassen, zum Beispiel im Handelsstambezirk Essen, 40 auf 100 kommen. Und wie sieht es auf den Mutterwerken der Firma Krupp aus? Bei der Firma Krupp wurden in den Jahren 1898 bis 1902 von 100 Arbeitern 61 krank; im Jahre 1903 waren es noch 54. Daraus ist ja auch hier im Reichstag hingewiesen worden; man hat ja gerühmt: seht, ihr Sozialdemokraten, es bessern sich die Gesundheitsverhältnisse! Aber bei der Firma Krupp ist im Jahre 1904 — den Bericht habe ich zur Einsicht bei mir — die Zahl der Kranken Arbeiter von 54 auf 70 pro 100 Kasernenmitglieder gestiegen. (hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich wiederhole: von 100 Kruppischen Arbeitern sind

im Jahre 1904 70, 71 erkrankt

und haben durchschnittlich 15,88 Tage krank feiern müssen. Wenn das auf den Werken von Krupp geschieht, die in mancher Hinsicht einen Vorzug vor einer Reihe anderer Werke verdienen, können Sie sich vorstellen, wie es allgemein mit den Gesundheitsverhältnissen der Hütten- und Stahlarbeiter aussieht. Ich will nur zwei Ziffern mitteilen; daraus werden Sie ersehen, daß die Kruppischen Krankenziffern nicht einmal die höchsten sind, weil dort auch eine Menge Mechaniker u. s. w. hinzukommen. Auf der Zinkhütte Borbeck kamen auf 303 Kasernenmitglieder 320 Kranke. (hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ferner bei Schulz-Krauth in Essen, einem Walzwerk: dort waren von 977 Kasernenmitgliedern im letzten Jahre 879 krank. Da muß doch, meine ich, eingegriffen werden. Es kann doch mit der Maßlosigkeit in der Arbeitszeit, im Überhüchstenwerden und insbesondere in bezug auf das Nichtvorhandensein sanitärer Schutzrichtungen nicht so fortgefahren werden.

Wie steht es mit den Unfällen?

Noch schlimmer sieht es aus in der Stahl- und Eisenindustrie als im Bergbau: wir haben in der Eisen- und Stahlindustrie höhere Unfallziffern als im Bergbau, und das will etwas heißen! In den sämtlichen Stahl- und Eisenindustriegenossenschaften hat sich die Zahl der Schwere- und Tödlichenverletzungen, auf Tausend berechnet, gehoben von 8,92 im Jahre 1897 auf 11,25 im Jahre 1904. (hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ganz außerordentlich hat sich die Zahl der angemeldeten Unfälle gehoben. Ich will nicht alle die Zahlen verlesen; das würde zu weit führen. In Schlesien zum Beispiel ist die Zahl der angemeldeten Unfälle auf 1000 Versicherte von 1886 bis 1903 gestiegen von 54 auf 91, in Nordwestdeutschland von 52 auf 90, in Sachsen-Thüringen von 57 auf 66, in Südwestdeutschland ist sie ausnahmsweise von 108, einer außerordentlich hohen Zahl, auf 104 gefallen, in Rheinland-Westfalen ist die Zahl gestiegen von 103 auf 191. (hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Gravenhafte Unfallziffern

weisen die einzelnen Sektionsbezirke der Rheinisch-Westfälischen Stahlwerk- und Hüttenberufsgenossenschaft auf. In der Sektion Dortmund kamen 1904 auf 1000 Arbeiter 178 angemeldete Unfälle, in Bochum 186, in Essen 213, in Oberhausen 244. (hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist doch schrecklich! Da werden so zahlreiche Krüppel, Lahme und Sieche geschaffen, viele Arbeiter an ihrem Leben getötet, direkt getötet, daß man dringend wünschen muß, die Worte des Herrn Staatssekretärs Grafen v. Posadowski, mit denen er eine Anerkennung für die Bedeutung der deutschen Arbeiterschaft ausdrückte, hätten praktische Folgen, damit der hochwichtigen Kategorie der Arbeiter in der Eisen- und Stahlindustrie ein besserer Gesundheits- und Lebensschutz schleunigst zuteil wird.

Es ist gesagt worden und wird wieder gesagt werden — ich kenne meine Pappenheimer — die Unfälle kämen vielfach durch den starken Arbeiterwechsel.

Woher aber kommt der Arbeiterwechsel?

Im Jahre 1878 erklärt in der Eisenenquete-Kommission der Kommerzienrat Baare aus Bochum, der starke Arbeiterwechsel, den er zu ertragen hätte, käme von der Reduzierung der Löhne her.

Das hohe Lied ihrer Arbeiterfreundlichkeit

gesungen. Um so notwendiger wäre es gewesen, Arbeitervertreter hinzuzuziehen, um auch die andere Seite zu hören.

Arbeiterkontrolleure als Hilfsarbeiter

der Gewerbeinspektoren hinzuzuziehen. Ich gebe gern zu nach dem Studium der ausländischen und einheimischen Gewerbeinspektorenberichte und anderer Reports, daß unsere Gewerbeinspektoren in Bezug auf theoretische Ausbildung außerordentlich hoch stehen.

Verbieten hat, das Werk zu betreten

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), er solle sich erst eine Einlaßkarte von der Werksverwaltung holen. Man kann es ja sehr leicht begreifen, daß sich zu dem Räte eines Gewerbeinspektors in Preußen-Deutschland nicht gern ein jehübenwüßiger Herr meldet.

224 Vorschläge gemacht

und davon sind nur 12 als unausführbar zurückgewiesen worden! Daran sieht man doch, daß die Arbeiter bei der Werksinspektion sehr leistungsfähig sind, und ich kann nur dringend wünschen, daß wir endlich aus dem Stadium theoretischer Erwägungen über Arbeiterkontrolleure in das Stadium

Technische Rundschau.

Januar 1901. tritt das Bedürfnis hervor, auch solche Maschinen-teile u. s. w., von denen man früher erwartete, sie müßten unbedingt einzeln eingepaßt werden, gleich in Massenproduktion herzustellen.

ihrer Einführung kommen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Führen Sie Arbeiterinspektoren ein in der Stahl- und Eisenindustrie, im Bergbau, im Baugewerbe u. s. w.

Es wurde häufig in den Debatten der letzten Tage auf die christlichen und die angehlich sozialdemokratischen Gewerkschaften hingewiesen, und es wurde gesagt, daß die letztgenannten Gewerkschaften keine Kampforganisationen seien.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

der weit über 260 000 Mitglieder zählt und der die stärkste Arbeiterorganisation der Welt darstellt. Dieser hat sich eingehend mit der Frage des Güten- und Metallarbeiterstreikes befaßt und hat im Juni 1901 an die Herren Arbeitgeber der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie sich gewandt und an deren wirtschaftliche Vereinigungen eine Eingabe gerichtet, worin es heißt:

- 1. Regelung der täglichen Arbeitszeit, der Überzeit, der Sonn- und Feiertags- und Nachtarbeit;
2. Feststellung eines bestimmten Mindestlohnes für die einzelnen Gewerbe unter Zugrundelegung der durchschnittlichen Leistungsfähigkeit;
3. Schaffung bestimmter Normen für das Arbeitssystem;
4. Schaffung von vorzulegenden Maßregeln gegen umfangreichere Arbeiterkassationen bei schlechtem Geschäftsgang;
5. Regelung von Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern durch Einführung einer örtlichen oder Bezirksständlichen Kommission in paritätischer Zusammensetzung mit einem unparteiischen Vorsitzenden;
6. Einsetzung einer in gleicher Weise zusammengesetzten Zentralinstanz zur Durchführung und Überwachung etwa getroffener Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, beziehungsweise der wirtschaftlichen Vereinigung.

Tariforganisation mit den Industriellen

der genannten Branchen. Ich stelle jedem der Herren Kollegen das Skizzenbuch zur Verfügung. Sie werden ferner in der Begründung dieser Eingabe finden, daß der Metallarbeiter-Verband ausdrücklich darauf hingewiesen hat, es seien durch die wirtschaftlichen Kämpfe die Beteiligten in mehr oder weniger empfindlicher Weise geschädigt worden, und zwar auf beiden Seiten.

durchaus unrichtig sind.

Das ist nun aus der so dankenswerten, fast allen Parteien des Landes, welche ich wohl sagen, sympathischen Anregung des Metallarbeiter-Verbandes geworden? Ich habe hier einen

Briefwechsel des Metallarbeiter-Verbandes mit dem Gesamtverband deutscher Metallindustrieller.

Das diesen Briefwechsel geht hervor, daß der Verband deutscher Metallindustrieller, also die Organisation der Arbeitgeber, an die einzelnen Metallindustriellen und Zweigvereine die Anweisung ergangen ist, nicht in Verhandlungen mit dem Metallarbeiter-Verband einzutreten.

Vorgehen, oder Kernpunkt, sondern auch auf die Form des Gewindeganges abzuweichen.

Dieser der großen Verbesserungen, die die Schreibmaschinen in den letzten Jahren erlitten haben, ist man unablässig bemüht, sie durch weitere Neuerungen noch mehr zu vervollkommen. Zu dem Zwecke die „Hilber-Schreibmaschine“ zu nennen. Bei ihr werden nicht das Papier durch die Maschine, sondern die Maschine wandert über das Papier.

Die größte Dampfkessellanlage, die bis heute gebaut worden ist, wird gegenwärtig in London für die dortige elektrische Kraftstation der Untergrundbahn eingerichtet.

keiten der organisierten Arbeiter. Diesen Briefwechsel stellt ich zur gefälligen Einsichtnahme den Herren Kollegen zur Verfügung. Ich konstatiere demnach, wenn hier so viel und so Rühmenswertes über die Tarifgemeinschaften gesprochen worden ist und auch vor Regierungssseite die Tarifgemeinschaft als eine

höhere soziale Stufe

in der industriellen Organisation anerkannt worden ist, daß die Erreichung dieser höheren industriellen Organisation bisher und insbesondere in der Metallarbeitergewerbe verhindert worden ist nicht durch die Arbeiter, sondern durch die Metallindustriellen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Da nun dieser Verzicht der Organisation der Arbeiter, auf dem Wege der freien Vereinbarung geordnete Zustände in dem Eisen- und Stahlgewerbe herbeizuführen, gescheitert ist, wäre es um so mehr

Pflicht der Reichsgesetzgebung

sich der Arbeiterschaft anzunehmen, deren Lage ich vorhin geschildert habe. Meine Herren, es kann uns doch wirklich nicht gleichgültig sein, ob diese Degeneration der Arbeiter, diese Zerstörung ihrer Gesundheit, diese Dezimierung ihrer Reihen durch Unfälle und Verunglückungen so weiter geht oder nicht.

Meine Herren, ich meine, das erste, was geschehen muß, ist eine Verschärfung der Gewerbeinspektion, eine Anweisung an die Gewerbeinspektion sich mehr als bisher der Unterforschung der geschädigten Arbeiterverhältnisse zu widmen. Ich bin ferner, im Einverständnis mit dem Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, in der Lage, der Reichsregierung vorzuschlagen, in kürzester Zeit eine

Unterforschung

eine Enquete vorzunehmen, womöglich durch die arbeitsstatistische Kommission, über die Lage der Arbeiter in der besprochenen Industrie, und zwar zwecks Einleitung einer umfassenden Schutzgesetzgebung für diese Arbeiter.

Meine Herren, diese Unterforschung müßte sich nach der Meinung des Vorstandes des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes wenigstens erstrecken auf:

- 1. Feststellung der Dauer der täglichen normalen Arbeitszeit oder Arbeitszeiten;
2. Feststellung der Überstunden und Überstunden, unter Berücksichtigung der Zahl der Überarbeitszeit leistenden Arbeiter für jedes einzelne Werk;
3. Untersuchung über die Einwirkung der langen Arbeitszeit, der Nacht- und Überarbeit auf die Unfallhäufigkeit und Erkrankungsgefahr der Arbeiter;
4. Feststellung über die Durchführung und Anwendung der bis jetzt erlassenen gesetzlichen Schutzbestimmungen für die Arbeiter;
5. Feststellung über die von den Werksleitungen etwa getroffenen sanitären Einrichtungen, als Waschanstalten, Baderanstalten u. s. w., Räume zur Aufbewahrung der Kleider, zur Entnahme des Mittagessens, Kantinen u. s. w.

Meine Herren, ich hoffe allerdings nach den früheren Erfahrungen nicht, daß die Reichsregierung halbwegs eine solche Enquete veranlassen wird. Wenn sie aber daran gehen sollte, dann will ich hier den dringenden Wunsch aussprechen, daß sie sich dabei nicht nur süß auf die Angaben von Unternehmern, von Industriellen, sondern daß sie in weitestgehendem Maße

auch die Organisationen der Arbeiter

heranziehe, und ich kann Ihnen das Versprechen geben, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband seine sämtlichen Funktionen anweisen wird, bei dieser arbeitsstatistischen Erhebung über die Verhältnisse in der Eisen- und Stahlindustrie der Reichsregierung in der weitestgehenden Weise auf Kosten der Organisation an die Hand zu gehen, genau so, wie unsere Gewerkschaften ebenfalls auf ihre Kosten wie bekannt ist, dem reichsstatistischen Amte an die Hand gehen bei der Beschaffung der Zahlen über die Arbeitslosigkeit u. s. w. Es sind die Metallarbeiter, so ist jede Gewerkschaft gern bereit, der Reichsregierung an die Hand zu gehen bei Unterforschung der Arbeiterverhältnisse der betreffenden Branche.

Meine Herren, ich glaube, in meinen Darlegungen, die sich auf eine Arbeitergruppe erstreckt haben, die bisher sozialpolitisch als Stiefkind behandelt worden ist, von deren wirklichem Dasein man in diesem hohen Hause bisher gar nichts gehört hat, den Beweis erbracht zu haben, daß es sehr notwendig ist, endlich einmal auf die sozialpolitische Fürsorge den Arbeitern in der Eisen- und Stahl-

Industrie. Interessant ist dieses neue Werk insofern, als die angegebene Kraftanlagen mit Dampf erzeugt werden sollen. Das Gebäude ist 139 Meter lang, 53 Meter breit und bis zur Dachhöhe des Hauptteils 43 Meter hoch. Es ist in Eisenkonstruktion gehalten, wobei im ganzen 118000 Zentner Eisenträger u. s. w. Verwendung finden. Der ganzzählige Teil des Gebäudes ist in zwei Abteilungen zerlegt, deren größere die Kessel enthält. Die kleinere dient als Maschinenhaus. Vorhanden sind 80 Dampfkessel von je 485 Quadratmeter Heizfläche. Was dies bedeutet, kann man ungefähr daraus erkennen, daß damit zusammen 800 Kubikmeter Wasser in einer Stunde in Dampf umgewandelt werden können. Die Dampfkessel gehören zur Klasse der Wasserrohrkessel, bei denen das Wasser in schrägliegenden eisernen Rohren fließt, um die außen das Feuer schließt. In jeder Etage sind übereinander fünf je 40 Kessel angeordnet, in jeder Etage zwei Reihen von 20 Kesseln; die Heizräume sind durch ein Zwischengefüß getrennt. Darüber sind im Dachraum die Kohlenbänke untergebracht, deren Größe derart bemessen ist, daß sie zusammen 300000 Zentner Kohle aufnehmen imstande sind. Bei der Größe der Anlage ist automatische Verrichtung der Heizarbeit unerlässlich; die Kohle fällt daher aus den Kohlenbänken in senkrechten weiten Rohren auf längliche zur Kesselanordnung gehörende Trichter direkt über die Feuerung. Auch das Einbringen der Kohle in das Feuer geht automatisch vor sich, nämlich mittels sogenannter Kettenzüge. Der Haß, auf dem das Material verbrannt, besteht nicht aus langen, festen Stäben, sondern aus kurzen Stücken, die man durch Querflüsse zu einer wegliehen Fläche vereinigt hat. Diese läuft in waagrechter Richtung endlos über Räder, die sich durch maschinellen Antrieb langsam drehen und die Kohlfache, auf deren oberer Seite die Glut liegt, beständig in Bewegung halten. Während die Kohlen aus dem Trichter vor auf den Haß fallen und verbrennen, wandert die ganze Feuerfläche nach hinten, klappt am Ende über den Tragräbern um und wirft die Asche und Schlacke selbsttätig ab, die dann in einem besonderen Raum unter der Kesselbatterie in Locomotiv gesammelt und weggeführt wird. Zur Ableitung der Feuer gasen dienen vier im Kesselgebäude

Industrie zuzuwenden, endlich einmal diese Leute auch am eigenen Leibe fühlen zu lassen, daß sie im Lande der Sozialreform leben.

Mehr Schutz für die Hüttenarbeiter müssen wir haben. Ich habe wiederholt mehr Schutz für die Bergarbeiter im Reichstag gefordert.

Dritte Massendemonstration kaiserlicher Arbeiter in Wilhelmshaven.

Am 15. Februar füllten wiederum Tausende von Arbeitern der kaiserlichen Werft den Saal des „Livoli“, um den Bericht der in der letzten Versammlung gewählten Kommission entgegenzunehmen.

Geschäftsführer Menzer verurteilte das Benehmen der Werftverwaltung, das geradezu den Anschein der Verhöhnung hervorruft, nachdem die Oberverdirektion in ihrem Schreiben nur auf den § 8 Abs. 2 Teil 1 der Werftordnung verwiesen hatte.

Möner begründete sodann, durch öftere Beifallskundgebung unterbrochen, nachstehende Resolution:

Die am 14. Februar 1906 im Livoli von über 3000 Personen besuchte öffentliche Werftarbeiterversammlung nimmt Kenntnis von den Maßnahmen der hiesigen Werftbehörde respektive des Reichsmarineamtes betreffend Einführung der neunstündigen Arbeitszeit.

Weiter erklären Versammlung, nach wie vor auf der Forderung zu verharren, eine allgemeine Feuerungszulage zu gewahren, da selbst die gegebenen Zulagen nicht als solche anerkannt können.

Namentlich aber spricht die Versammlung ihr Bedauern darüber aus, daß der Herr Direktor es ablehnt, bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf der kaiserlichen Werft die Mitwirkung der Organisation in Anspruch zu nehmen.

Selbst stehende Schornsteine, je zwei in der Nähe einer Siebelwand, oben durch das Dach emporsührend. Sie sind bei 6 Meter innerem Durchmesser 88 Meter hoch.

Die Berlin-Kahaltische Maschinenbau-Aktiengesellschaft in Berlin und Berlin baut in verschiedenen Ausführungen einen mehrtspindeligen Bohrkopf, den sie Bazag nennt.

Ein Hunderttonnschwimmkran ist für die Schiffsausrüstung in Danzig von der Duisburger Maschinenbau-Aktiengesellschaft Borchers & Kietmann geliefert worden.

durch Verhandeln mit derselben befriedigende Zustände geschaffen werden können.

Manz besonders aber protestiert die Versammlung dagegen, daß der Herr Direktor es ablehnt hat, die gewählte Kommission zu empfangen und mit derselben zu verhandeln.

Gleichzeitig aber spricht die Versammlung aus, daß sie zu dem Arbeiterausschuß in seiner jetzigen Zusammensetzung kein Vertrauen hat, weil derselbe nicht durch direkte und geheime Wahl zustande gekommen ist.

Die Versammlung erklärt weiter, daß die Einführung der achtstündigen Lohnzahlung dringend am Platze ist, weil bei der verfeuertem Lebenshaltung die vierzehntägige Lohnzahlung große Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten bereitet.

Auch ist die Auszahlung des Lohnes während der Arbeitszeit ein dringendes Erfordernis, da hierin die Werft sämtlichen Privatunternehmungen am Orte hinterran steht.

Da die Vorgänge am Orte in ekklatanter Weise bewiesen haben, daß den Forderungen und Wünschen der Arbeiter nur dann Rechnung getragen wird, wenn dieselben sich in einer starken, selbständigen Organisation zusammengeschlossen haben.

Ein Mitglied des Arbeiterausschusses erklärte in der Diskussion, daß der Ausschuß jetzt nicht das ist, was er sein sollte. Wenn jeder Arbeiter wüßte, wie die Mitglieder arbeiten, dann würden sie anders sprechen.

Kommissionenmitglied Müller: Die ganze Aufregung der Arbeiter wäre nicht halb so groß gewesen, wenn sie von dem, was vorgeht, stets unterrichtet worden.

Ein Ausschußmitglied berichtete sodann unter Ablehnung jeder Verantwortung, die der Versammlung überlassen werden müßte, näheres über die letzten Ausschüßsitzungen.

Geschäftsführer Menzer wies noch darauf hin, daß hinter den einzelnen Ausschüßmitgliedern unbedingt die Arbeiter des Messorts stehen müßten, damit der nötige Nachdruck da ist.

Hierauf wurde einstimmig die Resolution angenommen.

Ein neues Metall wird jetzt unter dem Namen Viktor-Metall von England auf den Markt gebracht. Es wird für Sandgießerei benutzt und soll sich namentlich für Benutzung an Schiffen eignen.

Es gibt bald keinen Fortschritt, dessen sich nicht auch der Militarismus bemächtigte. Einer der neuesten ist das Panzerautomobil.

Um eine möglichst wohlfeile Betriebsweise zu erzielen, ist es auch notwendig, den Transpormitteln innerhalb des Betriebs Aufmerksamkeit zu schenken.

In seinem Schlusswort wies auch der Vorsitzende, Kollege Andreas, darauf hin, daß nur durch eine starke Organisation die Forderungen durchgesetzt werden können.

Mit dem Wunsche, daß die projektierten Messortversammlungen recht gut besucht werden mögen und daß die Arbeiter, wenn der Ruf abermals ergeht, nach dem Livoli zu kommen, wieder so zahlreich erscheinen mögen, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf die Solidarität der Arbeiterschaft.

Herostrie.

An jenen törichten Jüngling zu Ephesus, der den berühmten Tempel der Diana anzündete, nur damit sein Name bekannt werde, fühlten wir uns erinnert, als wir die letzte Nummer der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung zur Hand nahmen.

Die Redaktion der Arbeitgeber-Zeitung sieht aber selber ein, daß mit sachlichen Gründen ihr Standpunkt, der die Interessen ihrer Auftraggeber in hohem Grade zu schädigen geeignet ist, nicht gut vertreten werden kann.

Es ist allerdings ein sehr leichtes Verbrechen, daß wir gegenüber den herrschenden Klassen, die alle Machtmittel des Staates zur Verfügung haben und die zur Unterdrückung des Volkes auch skrupellos anwenden, die Interessen der Arbeiterschaft vertreten.

Seite des Wagens befindet sich eine Stange zum Vorwärtsschieben und Balancehalten. Auch die Weichen sind sehr einfach.

Die größte Entfernung, die die drahtlose Telegraphie bisher erreicht hat, beträgt 480 Kilometer.

Von einem Kollegen in Essen erhielten wir folgende Bericht: In der Nr. 5 unseres Verbandsorgans heißt es unter Technische Rundschau in der letzten Spalte.

In der Nr. 5 unseres Verbandsorgans heißt es unter Technische Rundschau in der letzten Spalte: In den Werkstätten von Armstrong in Newcastle sind neuerdings Riesendrehbänke von bisher unbekanntem Dimensionen aufgestellt worden.

Wir nehmen gern Notiz davon, daß das Organ der sozial-demokratischen Metallarbeiter den Schutz des Vaterlandes als eine unproduktive Kapitalanlage bezeichnet. Beweissträger konnte die unpatriotische Gesinnungslumperei der ja meist aus östlichen Gegenden über die Grenze des Reiches gespaltenen Elemente, die die Führung der deutschen Arbeiter in geschäftliche Entreprisen genommen haben, wirklich nicht dargetan werden. Nun, der Einblick in die tieferen Absichten der Herren Arbeiterführer, wie ihn die zitierte Bemerkung gestattet, veranlaßt uns in Anlehnung an das, was wir unter der Überschrift „Revolution“ in der letzten Nummer des vorigen Jahres erklärten, zu dem Beschlusse, daß es uns lieber wäre, wenn die zur Stärkung unserer Wehrkraft bestimmten neuen Mittel in erster Linie dem weiteren Ausbau unserer Heeresorganisation dienten. Die Entwicklung der Dinge an unserer Ostgrenze gestaltet sich zusehends bedrohlicher. Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß das konstitutionelle Ausland schließlich mehr und mehr unter die Führung der Polen und Sozialdemokraten gelangt. Welche Konsequenzen sich in Verbindung mit der Verschärfung der innerpolitischen Lage hieraus für das Deutsche Reich schließlich ergeben müssen, liegt auf der Hand. Weniger unsere Streitkräfte zur See, als die zu Lande werden einst dazu beizutragen haben, um die Pläne der inneren und äußeren Gegner des Deutschen Reiches zu vereiteln!

Es ist doch ein recht gehirnerweichendes Geschäft, dies gewerbsmäßige Scharsmachen.

Das Genossenschaftswesen.

Wirtschaftliche Organisationen von so bedeutendem Umfang wie die deutschen Konsumvereine haben die ganz natürliche Entwicklung zur Eigenproduktion im Gefolge. Daß diese vorwiegend auf große Konsum- und Massenartikel beschränkt bleiben wird, sehen wir aus dem englischen Beispiel. Nach einer glänzenden Entwicklung des englischen Konsumvereinswesens im Verlauf von 60 Jahren, die sich immer aufwärtsgehend an die Entwicklung der Industrie anlehnte, sehen wir auch die Entwicklung der Eigenproduktion. Obwohl ihre Resultate, für sich betrachtet, ganz respektable Ziffern aufweisen, so stehen sie doch nicht im Vergleich mit den Konsum- und Mitgliedsziffern. Der Gesamtwert der genossenschaftlichen Eigenproduktion in England besitzt sich heute auf circa 100 Millionen Mark, das ist ungefähr ein Vierzigstel der englischen Produktionswerte überhaupt, während die Mitgliederzahl der englischen Konsumvereine über 2 1/2 Millionen, mit den Familienangehörigen zusammen gerechnet, 10 Millionen, gleich ein Fünftel der englischen Bevölkerung, ergibt. Immerhin umfaßt die Eigenproduktion der englischen Konsumvereine ein Zehntel ihres gesamten Umsatzes.

In Deutschland dürfte sich, den seither gewonnenen Erfahrungen entsprechend, die Entwicklung in ziemlich denselben Bahnen bewegen, denn wie die dem Genossenschaftswesen eigentümlichen (sogenannten immanenten) Kraftfaktoren überall dieselben sind, so auch die Hemmnisse, die vor allem in den Differenzierungen der industriellen Produktion in technischer und handelswirtschaftlicher Beziehung zu suchen sind. Exportindustrien und Industrien technischer Erzeugnisse aller Art, die einen höheren Anteil an dem Werte der Gesamtproduktion aller Industrien ausmachen, finden keine Basis auf dem genossenschaftlichen Umsatzmarkt, der in der Hauptsache durch den eigenen, das heißt persönlichen Bedarf, charakterisiert ist.

Die Eigenproduktion der deutschen Konsumvereine nimmt deshalb auch ihren naturgemäßen Ausgang von dem lieben täglichen Brot, auf welchem Gebiet denn auch ganz respektable Leistungen zu verzeichnen sind. Es gibt Konsumvereinsbäckereien, die täglich 15000 bis 18000 Laib Brot backen. Der Gesamtwert der konsumvereinslichen Eigenproduktion beläuft sich heute auf rund 15 Millionen Mark, ungefähr ein Zwanzigstel des Gesamtumsatzes. Sie ist also noch recht entwicklungsfähig, wenn sie der englischen auch nur gleichkommen will. Viel dazu beitragen wird die von der Großhandlungsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg betriebene und nach langen Kämpfen mit den unabhängigen Elementen der Stadt Altona a. d. Elbe durch das preussische Ministerium des Innern genehmigte Seifenfabrik. Sie wird in nächster Zeit, den ganzen Bedarf der deutschen Konsumvereine in allen beliebigen Marken dieses zur Veranstaltung der Antitar getränklichen Artikels zu decken. Eine nicht gerade zufällige Tatsache ist hierzu zu erwähnen, daß auch die erste englische Großhandlungsgesellschaft mit dem Artikel Seife die größere Eigenproduktion begann, wie dies nun auch von der G. C. G. (so lautet nämlich die heute schon ganz gebräuchliche Abkürzung des Namens der Großhandlungsgesellschaft) in Hamburg der Fall ist. Sie hat im übrigen ihren Umsatz von 34 Millionen im Jahre 1904 auf rund 40 Millionen im Jahre 1905 gesteigert. Allerdings wäre hier notwendig zu erwähnen, wie sich diese Summe auf drei Viertel von ihr ausgeschiedenen Handel und auf ein Viertel nur durch Nachmittelsübertragung über Hamburg zu beherrschende Umsatzzentrale verteilt, wenn man ein einwandfreies und zureichendes Bild von der Funktion der Großhandlungsgesellschaft als Zentralorgan der deutschen Konsumvereine erhalten will.

Daß Konsumvereine als solche, d. h. ihre Bewaltungen, keine Politik treiben sollen und dürfen, ist ein vor allem durch das Gesetz „schoniger“ Grundgesetz in allen deutschen Ländern. Und haben wir in einem früheren Artikel schon gesehen, daß die in Genossenschaftswesen noch viel unproduktive Neutralitätsfrage bei den Konsumvereinen so ziemlich außer Diskussion steht, weil sie eben der Wesenheit der Konsumvereine nach mehr als als — anderen Organisationen. Man kommt aber auch auf jeden der Konsumvereine nicht immer ganz gleich mit der politischen Seite heraus. Dieser jungen in Deutschland die Mittelstandsvereine anzuweisen, indem sie ihre paragrafenfeindliche Haltung, genaue Umfassung, namentlich auf den Antihäusern gegen die verschiedensten Konsumvereine umsetzen, weil ihre Weigen in den Landesparlamenten und im Reichstag eben doch nicht so leicht kann als innerhalb der Landesgrenzen, wo Stützpunkt politisch und Wirtschaftlich die erste Seite spielen. So mußten sich denn die Konsumvereinsmitglieder in Dresden, München, Stuttgart und anderen Orten auf den politischen Kampfboden bewegen und die Mittelstandsvereine zum Beispiel in Hannover, liegt sie gar nicht fernabzuweisen. Da dies durch die Unterbrechung der Separation und einer liberalen Partei zu vermeiden ist, so ganz ein böses Gefühl über die verlorene Neutralität ist. Aber der „Wahrheit“ kommt sie eben!

Daß auch in solchen Fragen in England ein freies Boden vorhanden ist, kann man bei den letzten abgeleiteten Paragrafen nachsehen, wo ein Genossenschaftswesenverbot dem Sozialdemokraten fast freigegeben, was deren Verfassung oder Verweigerung die Staatsorgane abhängig gemacht wurde. Sie lauten:

1. Einmal ist die Abhängigkeit der Partei über die Genossenschaftswesen in Deutschland?
2. Zweitens ist sie, gegen jeden Versuch der Beherrschung der Mittelstandsvereine der Konsumvereine zu opponieren?
3. Drittens ist sie, gegen jeden Versuch der Genossenschaftswesen der Genossenschaftswesen zu opponieren?
4. Endlich ist es, für ein Gesetz einzutreten, das die Beherrschung des Sozialismus beugt?
5. Endlich ist es, gegen oder gegen a) eines Gesetzes zum Sozialismus einzutreten in Sinne der Ermächtigung der parlamentarischen und lokalen Behörden zu einer die Beherrschung von Arbeit behebenden Maß-

nahmen; b) der Bewilligung der nötigen Gelder aus Staatsmitteln zur Bildung von Landbaukolonien oder zu anderen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geeigneten Zwecken?

Man sieht, daß es sich mit der bei uns häufig sehr hochmütig als Krämerei angesehenen Neutralität der englischen Konsumvereine sehr wohl verträgt, die wichtigsten Landes-, kommunal-, und arbeiterpolitischen Probleme praktisch und tatkräftig anzufassen.

Im Zusammenhang mit diesem politisch grundliberalen Boden Englands steht u. a. die Tatsache, daß emigrierte radikale Politiker Englands, wie der vor kurzem im Alter von 89 Jahren gestorbene erste Führer der englischen Genossenschaften, G. F. Holyoake, mit den besten Gründen für die absolute politische und religiöse Neutralität eintraten. Daß er trotzdem für seine Überzeugung außerhalb des genossenschaftlichen Tätigkeitsgebietes seinen Mann zu stellen mußte, ist in ganz anschaulicher Weise in der „Frankfurter Zeitung“ dargelegt. Holyoake galt immer als einer der interessantesten noch lebenden Zeugen jener alten Zeit der wirtschaftlichen und politischen Unterdrückung in England, welche die jetzige Generation so weit hinter sich zu haben glaubt. Er konnte noch jene Zeit in der nur Grundbesitzer in das Parlament gewählt werden durften, in der nur Anhänger der englischen Staatskirche in Oxford und Cambridge studieren durften, und in der es für Arbeiter ein strafbares Vergehen war, Gewerksvereine zu bilden. Holyoake hatte als Kind in einer Knopffabrik, die seiner religiösen Mutter gehörte, gearbeitet, dann hatte er, zusammen mit seinem weltlich gesinnten Vater, in einer Fabrik in Birmingham als Schmelz seinen Tagelohn verdient. Unter Entbehrungen eignete er sich Kenntnisse an, und er wurde sozialistischer Lehrer, wobei er hauptsächlich für das Genossenschaftswesen und für Vernunftreligion Propaganda machte. Nach einer Vorlesung in Cheltenham im Jahre 1842 wurde Holyoake einmal von einem nonkonformistischen Laienprediger gefragt, was er von den Pflichten des Menschen gegen Gott hielt. Holyoake erklärte daraufhin, er sei Atheist, und er fügte noch einige Worte hinzu, die für gotteslästerlich gehalten wurden. Er wurde daraufhin von der Polizei gefesselt weggeführt und drei Wochen in Untersuchungshaft gehalten. Vor Gericht verteidigte sich Holyoake in einer neunundzwanzigstündigen Rede, einer der nachvollsten Reden für Gedankenfreiheit und Redefreiheit, die je gehalten wurden, aber diese Verteidigungsrede verhinderte nicht, daß der „Arbeiter“ Holyoake als „bösewichtiger, boshafter und übelgerinteter Person“ wegen Gebrauches „katholischer und gotteslästerlicher Worte“ zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Er saß die sechs Monate ab, aber kaum war er frei, da begab er sich wieder nach Cheltenham und wiederholte dort in einer öffentlichen Versammlung dieselben Worte, und demütigte er jedoch die sechs Monate Gefängnis verbüßt hatte. Er kämpfte auch für Pressefreiheit, was ihm infolge des begangenen Stempelvergehens eine Geldstrafe von 60000 Pfund einbrachte. Nach der Verurteilung erklärte Holyoake mit stüttem Hohn, er habe diese Summe nicht bei sich, er wolle sie aber in wöchentlichen Raten von je einem Schilling abbezahlen. Im folgenden Jahre jedoch wurde der Zeitungskampf angehalten, und Holyoake entging seiner Strafe. Als ehemaliger Metallarbeiter wurde Holyoake von bekannten Revolutionären, mit denen er im Verkehr war, erjudet, mit den Organisationsversuchen anzuhalten. In einem Steinbruch bei Sheffield brachte Holyoake eine solche Bombe zum Explodieren, eine andere explodierte auf seinem Boden in Devonshire nicht. Holyoake blieb bis zuletzt ein Kämpfer für Freiheit und Fortschritt. Wegen Nichtbezahlung der Steuern zur Befreiung der Anlage für die Kirchengebäude, die das neue Steuergesetz vorzuzieh, ließ er sich ausprägen. Aber im Konsumvereinswesen war er für Neutralität, Genossenschaftler und Politiker zugleich.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 4. März der 10. Wochenbeitrag für die Zeit vom 1. März bis 10. März 1906 fällig ist.

Angehörige aus dem Verband werden, nach § 3 Abs. 2 a des Statuts:

- 1. Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin: Der Dr. Karl Krabbe, geb. am 25. Januar 1874 zu Jena, Buch-Nr. 718970, wegen Veruntreuung.
- 2. Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Hannover: Der Schlosser Heinrich Dornberger, geb. am 6. September 1876 zu Hannover, Buch-Nr. 49239, wegen unvollständigen Verhaltns.
- 3. Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Wehrheim a. Rh.: Der Schlosser Hans Friede, geb. am 18. Dezember 1881 zu Hammeln, Buch-Nr. 894977, wegen Unterbrechung von Beitragsleistungen.
- 4. Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Schwabach: Der Schlosser Leohard Brunnner, geb. am 29. Oktober 1882 zu Schwabach, Buch-Nr. 89661; Die Schlosserinnen Margarete Brunnner, geb. am 26. Juni 1867 zu Schwabach, Buch-Nr. 706651, beide wegen Sperrebruch.
- 5. Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Detmold: Der Schlosser August Roemer, geb. am 1. Dezember 1881 zu Hildesheim, Buch-Nr. 71735, wegen Beitrag.
- 6. Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Wehrheim: Der Schlosser Karl Wilh. Müller, geb. am 21. August 1869 zu Detmold, Buch-Nr. 49218, wegen Beitrag.

Nicht wieder aufgenommen werden darf:

- 1. Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Jena: Der Arbeiter Max Jungmann, geb. am 18. April 1876 zu Jena, Buch-Nr. 577573; Der Arbeiter Franz Köhler, geb. am 10. Juni 1875 zu Jena, Buch-Nr. 68236, wegen Sperrung der Verbandskassen.

Nicht aufgenommen wird:

- 1. Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Nürnberg: Der Zimmer Josef Garst, geb. am 23. Januar 1864 zu Nürnberg, Buch-Nr. 71735, wegen Beitrag.

Angemeldet zur Mitgliedschaft:

Das nachfolgend genannte Mitglied wird aufgenommen, falls dessen der gegen ihn kein Vorwand erkennbar nachgewiesen werden kann. Sofern einer dreimal hintereinander ergründeten Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschluss aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Hofmar: Der Elektromonteur Georg August Bier, geb. am 1. September 1878 zu Straßburg, Buch-Nr. 884471, wegen Logischwindel.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Rote-Strasse 16b zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist. Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Verichtigung.
In der Quittung in Nr. 6 ist richtig zu stellen, daß nicht von Straubing sondern von Straßburg i. G. 800 Mk. eingekandt wurden. Ferner ist nachzutragen, daß von Schildesche im ganzen 2491,50 Mk. eingegangen sind.

Zur Beachtung.

Zuzug ist fernzuhalten:

von Drahtziehern nach Sinn bei Wehlar (Neuhöfningshütte) D.; von Drechern nach Düsseldorf (Rhein, Metall- und Maschinenfabrik Ehrhardt) N.; von Drechern, Drückern, Gießern, Gärtlern, Polierern, Monteuren, Schleifern und Ziselteuren nach Turg-Bojelsang, Kanton Argau, Schweiz (Firma Egloff & Cie.) D.; nach Zürich und Hochdorf, Schweiz (Firma Stranck) N.; von Glaschneidern (Zugeln) und Zerstellerschneidern nach Konstanz i. B. St.; nach Karlsbad und Fischern in Böhmen; von Formern, Eisengießereiarbeitern und Kernmachern nach Erling (Firma Kummig, Maschinenfabrik) S.; nach Offenbach (Firma Freudenberger) St.; nach Osnabrück (H. W. Dr. Mann) nach Nordorf bei Neusiedel (Firma W. Höpfer) St.; nach Stettin: nach Langenründe (Hermann Benning & Co.) St.; von Fräsern, Stanzern und Revolverbankarbeitern nach Triebberg im bad. Schwarzw. (Firma Büblers Nachf., Inh. Kurtwängler) D.; von Feilemännern nach Berlin (Firma Pfeiffmann und Firma Seeger) D.; von Feilemännern, Blechballagearbeitern und Arbeiterinnen nach Breslau (Gasinseffabrik Pitsch) D.; nach Ohringen bei Heilbronn (Hohloische Blechballagearbeitern Schütz) N.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Wachen (Firma Deutsche Elektrizitätswerke N.-S. Garbe & Lahmeyer) v. St.; nach Luffig i. Böhmen (Firma Schäffer & Bundenberg) D.; nach Waden, Schweiz (Bran, Boveri & Co.) nach Basel, Schweiz St.; nach Wiefel (Burbach) N.; nach Wiefelheim b. Straßburg (Firma Stoll & Co.) N.; nach Brandenburg a. S. (Firma Reichlein) N.; nach Brugg, Kanton Aarau, Schweiz (Maschinenfabrik Müller & Co.) nach Darmstadt (Sfert & Häßlinger) N.; nach Eberswalde (Radiatorenwerke) St.; nach Eisen a. d. R. (Union) N.; nach Frauenfeld, Schweiz (Automobilfabrik Martini & Co.) nach Geni (Firma Bloch) nach Kassel (Evers & Pistor, chirurgische Instrumentenfabrik) St.; nach Leer und Norden i. Ostf. N.; nach Weipen i. Sa. (Firma Hiesold & Lode) St.; nach Ulten, Schweiz (Automobilfabrik Wipf) St.; nach Prizwals bei Neu-Ruppin (Maschinenfabrik Gwald) D.; nach Kellinghausen bei Essen (Firma N. W. Dambach, Metallgießerei) N.; nach Rostock (Metallwerk) nach Schwenningen (Reinhard & Maier, Maschinenfabrik) D.; nach Solingen: nach St. Blaise, Schweiz, (Automobilfabrik N.-S. vormals Martini & Co.) nach Straßburg i. Elz. (Firma Stoll & Co. in Bischheim) N.; nach Tsch bei Winterthur (Maschinenfabrik Rieter & Co.) nach Verdau D.; von Schlägerarbeitern nach Solingen St.; von Schlossern nach Zürich (Firma Kaffen-Bauer, Kaffen-Schwager, Schappi-Schweizer und Winter & Cie., Ofenfabrik); (Die mit N. und St. bezeichneten Orte sind Streifgebiete, die überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streif in Aussicht; L. Wohnbewegung; N. Auslieferung; D. Differenzen; W. Maßregelung; M.: Mißstände; R.: Lohn- oder Abford.-Reduktion; S.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Der Arbeitsanahme in Orten, wo keine der obigen Anträge in Betracht kommen, werden die Mitglieder ersucht, sich freies zuvor bei der Ortsverwaltung, Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine Verwaltungsstelle besteht, wolle man sich an den Vorstand wenden.

Korrespondenzen.

Feilenhauer.
Chemnitz. Achtung, Feilenhauer! Der Feilenhauer Robert Kube (wovon in Merseburg) ist in Chemnitz angekommen und arbeitet bei dem Obermeister Theodor Reimling an der Feldstraße, angeblich als Meister. Da auf dem Arbeitsnachweis der organisierten Feilenhauer bisher noch nicht verlangt wurden, so läßt sich gegen Kube weiter nichts einwenden, da er ja längst keiner Organisation mehr angehört. Es hat aber den Anschein, als ob Herr Kube hier in Chemnitz und womöglich noch an anderen Orten eine Stellenvermittlung für Feilenhauer unterhält und Feilenhauer für diese Verhältnisse vermittelt, die die Geistesmäßigkeit nicht ungehen. Die Vermittlungsstelle ist bei dem Feilenhauer Anton Trausch in der Martinstraße 22. Trausch ist nicht organisiert und arbeitet bei Herrn Urban, Heubahnstraße 11, in der Werkstatt, dessen Inhaber sich um die Abrechnungen zwischen Gezellen und Meistern nie kümmerte. Das war ihm um so eher möglich, weil ihm stets eine Anzahl indifferenter Feilenhauer zur Verfügung standen, die fast immer aus Baurenstamm kamen. Die Feilenhauer werden ersucht, alle Angebote der Stellenvermittlung Kube-Trausch zu ignorieren, aber alle darauf bezüglichen Schriftstücke an den Arbeitsnachweis der Chemnitzer Feilenhauer zu schicken, wo auch jedem Gezellen Arbeit nachgewiesen wird, soweit solche vorhanden ist. Die Adresse ist: Robert Krause, Chemnitz, Fritz Reiterstraße 9.

Formen.
Fürstentum. In der Temper- und Stahlgießerei von Wilhelm Voßmann herrschen, wie in allen Kleinbetrieben am Ort, Verhältnisse, die aller Beschreibung spotten. Löhne von 12 bis 15 Pf. pro Woche und darunter für gelehrte Arbeiter sind an der Tagesordnung. Sanitäre Einrichtungen scheinen dem Inhaber unbekannt zu sein. Zum Beispiel sind Verbandskassen nicht vorhanden, die Tagesverrichtungen fehlen ebenfalls, so daß die Formen gezwungen sind, vollständig betrunken den Weg zu ihrem Ziel sehr weit entfernten Wohnungen zurückzulegen. Auch Kleiderkäufe sind dem Inhaber wohl unbekannt. Ein Aufwahrungsraum für die Kleider der Arbeiter ist nur durch eine einer Hühnerstiege ähnliche Leiter zu erreichen. Dieser Raum ist dem Verputzwerk und — wie es schon erwähnt — auch der Feuergefahr ausgesetzt. Diese und ähnliche Mißstände werden durch die Behandlung, die sich die Arbeiter von dem vor kurzem neu eingestellten Meister gefallen lassen müssen, noch vermehrt. Dieser Herr versteht es wahrhaft meisterhaft, trotzdem er bis dato selbst als Former gearbeitet hat, seine Leute in jeder möglichen Art und Weise zu schikanieren. Vor allem scheint er die Beschwerden des Untermeisters gegenüber einer Kommission, die wegen Abhilfe der Mißstände vorzeitig wurde, ignorieren zu wollen, und hat dies auch bereits in einigen Fällen erreicht. Als sich vor einigen Tagen eine Arbeiterkommission mit den Arbeitsverhältnissen der Fabrik beschäftigte, wurde

anderen Tage einem Kollegen angeboten, eine Arbeit bei 20 Prozent Preisabzug auszuführen. Dieser nahm die Arbeit jedoch nicht an, sondern legte sich mit dem Arbeiterausschuß in Verbindung, der die Angelegenheit dem Inhaber unterbreitete. Die Antwort darauf war die, daß der betreffende Former wohl den alten Preis erhielt, jedoch nach Fertigstellung der Arbeit entlassen wurde, mit dem Bemerkten, daß er ein Aufwiegler wäre, dem nichts recht zu machen sei. Charakteristisch ist, daß die Firma sich der intelligenteren Arbeiter nach und nach entledigt und sich dadurch den sogenannten Bruchhuden anreißt. Für auswärtige Kollegen werden diese Zeilen wohl genügen, sie vor Arbeitsannahme in diesem Betrieb zu warnen.

Kaiserslautern. Der Streit der Former und Gießereiarbeiter bei der Firma Gebrüder Pfeiffer ist nach 14 tägiger Dauer erfolgreich beendet. Die von den Formern verlangten Lohnsätze wurden bewilligt. Den Formmachern und Hilfsarbeitern wurde eine Lohnzulage von 20 bis 40 Pf. pro Tag gewährt. Die Arbeiter mühen aus dieser Bewegung die Lehre ziehen, daß nur durch die Organisation etwas erreicht werden kann. Deshalb haltet fest an der Organisation, baut sie weiter aus, damit wir auf alle Eventualitäten gerüstet sind.

Norden. Dem Herrn Direktor Kohlschütter in Norden ist es gelungen, die Eisengießereibesitzer in Ostfriesland zu veranlassen, ihre organisierten Arbeiter auszuwerfen. Dies alles auf ein Gerücht hin, daß die Metallarbeiter in Ostfriesland eine Lohnbewegung planen, die zunächst in Norden ihren Anfang nehmen soll und von der die Fabrikanten in Veer schon wußten, daß die Forderung der Norden Kollegen, die tatsächlich gar nicht existierte, der Eisenhütte 36000 Mk. Mehrkosten verursachen würde. Diese Ausstellungen, die augenscheinlich nur den Zweck hatten, die Fabrikanten scharf zu machen, fanden willige Abnehmer, die Herren, die auch wohl kein gutes Gewissen hatten, fielen darauf herein und versuchten zunächst durch ein Flugblatt, das in den Werkstätten verbreitet wurde, Verwirrung unter den Arbeitern anzurichten; durch Drohungen und Versprechungen suchte man die Arbeiter zum Austritt aus dem Verband zu bewegen. Als dies keinen Erfolg hatte, wurde am 3. Februar dann förmlich der Verbandsmitgliedern gekündigt. Die Organisation der Metallarbeiter soll um jeden Preis zerstört werden. In Norden leitete der Herr Kohlschütter die Aktion selber ein dadurch, daß er drei Kollegen auf Pfahler warf, hier versuchte unser Bezirksleiter, Kollege Götthaus, und auch der Bürgermeister von Norden noch zu vermitteln, jeder Versuch wurde aber scharf abgelehnt. Darauf reichten 98 Kollegen die Kündigung ein. Wenn man nun bedenkt, unter wie miserablen Verhältnissen die ostfriesischen Metallarbeiter seither vegetiert haben, so können wir dem Herrn Direktor Kohlschütter nur dankbar dafür sein, daß er mit solchem Nachdruck auf die Beseitigung dieser Zustände hinarbeitet. Wie tieftraurig diese Zustände sind, geht zur Genüge daraus hervor, daß die Norden Kollegen um Erlangung eines Stundenlohns von 30 Pf. für ältere Arbeiter und 25 Pf. für Ausgelernte erst kämpfen müssen. In Veer, wo durchaus kein Grund zur Unzufriedenheit bestand, führten die Machenschaften der Fabrikanten und ihrer Helfer erst dazu, die noch wankelmütigen Kollegen recht fest an den Verband zu ketten. Diese Herren, die in ihrem Jagdinstinkt den Arbeitern das Versprechen gegeben haben, das Koalitionsrecht nicht antastan zu wollen, machten gleich am anderen Tage den Versuch, durch Versprechungen und Drohungen ihre Leute zu bewegen, zu verrättern an ihren Kollegen zu werden. Dies mißlang vollständig und jetzt versucht man, die bürgerliche Presse auf die Arbeiter zu hegen und durch Verbreitung von Lügenmärchen die Beobachtung zu irritieren. Auch dies mißlang, da abgesehen von einem Einzelblattchen, die Presse versagte. Geschlossen und einig treten die Arbeiter in den ihnen aufgegebenen Kampf, fest entschlossen, an ihrer Organisation festzuhalten und dem brutalen und rücksichtslosen Gebahren der Unternehmer die Macht der Organisation entgegenzusetzen. Die Herren haben den Kampf gewollt, sie werden jetzt auch die Folgen zu tragen haben. Unsere Organisation zu zertrümmern wird ihnen gewiß nicht gelingen.

Gold- und Silberarbeiter.

Saana. Die Differenzen in der Silberwarenfabrik von Karl Kurz in Saana-Kesselfeld sind nach längeren Verhandlungen zwischen den Vertretern der Organisation und der Firma durch folgende Vereinbarung beendet worden: 1. Die bisherige Form der Stundenlohnzahlung bleibt bestehen. Zum Abschluß von Monatsverträgen wird kein Arbeiter gezwungen und auch nicht zu solchen eingekauft. 2. Die Ausbildung der Lehrlinge erfolgt nach den gleichen Grundsätzen wie in den übrigen Betrieben der Gold- und Silberindustrie Saana's. 3. Auf Wunsch der Arbeiter wird die bisher im Gebrauch gewesene Wage von einem Sachbeamten nachgeprüft. 4. Unzulässige Behandlung wird seitens der Firma jeglicher Art und Handtuch jedem Arbeiter zur Verfügung gestellt. — Mit dem in Nr. 32 der Frankfurter Volksstimme erschienenen Artikel beizufügen sich eine Verhandlung, zu der von der Vereinigung der Silberwarenfabrikanten ein Vertreter des Metallarbeiter-Verbandes eingeladen wurde. In derselben wurde von der Firma versichert, daß durch den Abschluß von Monatsverträgen keineswegs eine Durchbrechung der im Herbst vorigen Jahres getroffenen Vereinbarung beabsichtigt gewesen ist, ebensowenig sei es der Firma jemals eingefallen, die Lehrlinge vom Fortbildungsumterricht fernhalten zu wollen. Interessant war bei dieser Besprechung, daß von dem Geschäftsführer der Vereinigung der Silberwarenfabrikanten, Herrn Dr. Grambow, der Wunsch ausgesprochen wurde, daß auch in Zukunft alle derartigen Fragen zwischen den Vertretern der Organisation verhandelt werden sollten.

Mechaniker.

Samburg. Versammlung am 20. Februar. Kollege F. Kurth aus München beleuchtet zunächst in eingehender Weise die Resultate der letzten Mechanikertage und führt aus, daß die Vereinbarungen auf dem Mechanikertag in Bremen 1899 in Sachen der Gehilfenfrage von den Prinzipalen nicht gehalten worden seien. Ebenso scheiterte damals der Versuch von den Gehilfen, eine Tarifgemeinschaft zu erhalten, an dem Widerstand der Prinzipale. In Jena wurde den Gehilfen zugestanden: „Sobald Gehilfenfragen auf der Tagesordnung stehen, sollten sich Gehilfen beteiligen.“ Der Antrag von Professor Abbs in Dresden wurde in eingehender Weise detailliert. Der Antrag Carrius (Göttingen): „Die Gehilfenfrage aus dem Programm zu streichen“, wurde uns rechtlich nicht gestellt. Referent bemerkt, das viele Mechaniker sich sehr wenig um ihre Weiterbildung bekümmern; das kommt recht daher, weil ihnen von ihren gut situierten Eltern ein zu großer pecuniärer Rückhalt geboten wird; auch ist der so oft geringe Zeitverdienst noch sehr ausbeulend. Wenn ein Sohn besserer Eltern nach abgelaufenem Studium für ein Werkstudium zu beschrankt ist, nun ein Handwerk erlernen soll, dann wird er sehr oft bei einem Mechaniker für ein Gehalt von 200 bis 300 Mk. in eine zweijährige Lehre gegeben. Hier wird er dann im ersten Jahre mit Schraubenziehern und Anfassern beschäftigt. Im zweiten Jahre macht er kleine Handreichungen und in den letzten zwei bis drei Monaten bekonnt er die notwendigen Arbeiten in die Hand. Von hier geht er dann als Volontär ohne Lohn in einen anderen Betrieb, und so wird ein Lehrling der schlimmsten Sorte geformt. Dagegen wird ein Arbeiterjunge, dessen Eltern das Befragte nicht bezahlen können, in einer vierjährigen Lehrzeit ausgebildet bis zum Ergeß. Wenn dann der junge Mann nach abgelaufener Lehrzeit den an ihn gestellten Anforderungen nicht gerecht werden kann, ist er gezwungen, für einen geringeren Lohn zu arbeiten, oder er flüchtet aufs Pfahler. Referent verliest dann einen Artikel aus dem Frankfurter Begeisterer, Jahrgang 13, Nr. 46. Danach ist jeder, der seinen Sohn oder seine Mündel für ein Geschäft und geschickte genug zum Mechaniker hält, gut, sich bezüglich einer Schenkung und sonstiger Auskünfte mit der Deutschen Gesellschaft für Mechanik und Optik ins Einvernehmen zu setzen. Die Geschäftsstelle dieses über das ganze Reich verzweigten Fachvereins ist in Berlin. Das Vorgehen, wie es in dem Artikel enthalten ist, nicht erörtern, weiß jeder denkende Feinmechaniker. Wenn es an dem wäre, was der Artikelsschreiber ansieht, würden wir wohl in nicht allzuferner Zeit satzungsmäßige Feinmechaniker oder gar Maschinenbauer am Schraubstock sehen. Dann werden vom Referenten die Schäden der langen

Arbeitszeit, die oftmals sehr schwere Gebrechen, wie Tuberkulose u. s. w. zur Folge haben, detailliert. Er ermahnt, mit allen gesetzlichen Mitteln auf eine kürzere Arbeitszeit zu dringen. Diese kürzere Arbeitszeit solle aber keine gleiche Arbeitsleistung zur Folge haben. Das Ideal einer kürzeren Arbeitszeit ist eine der Zeit entsprechende Arbeitsleistung bei angemessener Bezahlung. Die fast unerschwinglichen Preise der notwendigen Lebensmittel erfordern einen entsprechenden Verdienst. Die Angestellten der bayerischen Artillerieverbände sandten eine Petition an den Landtag, worin ein Mindestjahreslohn von 1874 Mk. gefordert wurde, und niemand hat dies zu hoch befunden; dagegen ist der Lohnsatz der Berufsvereinsmitglieder für Feinmechanik im Jahre 1902 1084,94 Mk. Referent führte dann die Behandlung in den Werkstätten vor Augen, die oftmals aller Beschreibung spottete und erkennen lasse, was die Herren Chefs sich alles erlauben. Als schönste Blüte kommt hier die Arbeitsordnung der Firma Rodenstock (München) in Betracht. Dann zieht Kurth einen Vergleich über die Verschiedenheit des Koalitionsrechtes der Arbeiter und der Unternehmer. Mit einem Appell für einen kräftigen Anschluß an den Deutschen Metallarbeiter-Verband schließt der Referent seinen interessanten, mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag. Dann gab Thormann ein Schreiben bekannt von einem Kollegen in dem Betrieb der Hanseatischen Siemens-Schuckertwerke. Danach arbeiten zwei Kollegen, die nur Schwaltbretter bauen, jeden Tag dreizehn Stunden, also bis zehn Uhr abends, mitunter auch bis zu vierunddreißig Stunden. Das geht jahraus jahrein so. Die Unterwiesler, vier Mann, verstehen sich noch besser auf das Überstundenmachen. In ein größerer Unter zur Reparatur, so werden gleich drei Nächte und vier Tage oder vier Nächte und drei Tage in einer Tour gemacht; wenigstens ist die hier angeführte Zeit noch immer bezahlt worden. Am 23. Januar wurde ein Unter von der Fabrikfahrer eingekauft, der am Freitag morgen wieder an Bord kam. In diesen drei Tagen konnten außer den üblichen Überstunden also höchstens dreimal sieben Nachstunden laut Tarif von zehn Uhr abends bis fünf Uhr morgens gemacht werden. Gemacht wurden: Dienstags eine, Mittwochs zwei, Donnerstags sieben Nachstunden. Auf dem Lohnzettel aber, der zur Berechnung kam, standen außer den zwanzig Überstunden noch vierundzwanzig Nachstunden, die vierundfünfzigstündige Arbeitszeit nicht zu verzeihen. In Summa achtundneunzig Stunden. Sämtliche Redner gestellten scharf das unkollegialische Verhalten dieser Kollegen. Die Firma Dr. Lüdke & Arndt, Fabrik photographischer Apparate, sucht Mechaniker, verspricht den Arbeitnehmenden 40 Pf. Mindestlohn. Jedoch wird nicht dabei geschrieben, daß dreizehntägige Arbeitszeit. Die Kollegen mühen daher bei Beschließung von Stellen vorzüglich sein. Z. plädiert für eine kräftige Organisation, damit wir für einen Kampf gerüstet seien; denn ohne Kampf wären wir ein untergeordneter Verfall. Nach Erledigung einiger anderer Angelegenheiten wurde die stark besuchte Versammlung geschlossen.

Metallarbeiter.

Gießen. Das Überzeitarbeitswesen, eine der Begleiterscheinungen unserer „herrlichen“ Wirtschaftsordnung, worunter die Arbeiter der Kruppischen Fabrik seit langen Jahren gelitten haben, ohne sich dagegen wehren zu können, scheint jetzt in andere Bahnen zu lenken. 24, 36 und 48 Stunden in einer Tour arbeiten, bildet etwa keine Ausnahme, sondern eine Regel. Je länger so ein Musterknabe auf der Hebel bleibt und wundächtig den Strohhalm mitbringt, um desto tüchtiger er ist, das ist kruppische Arbeitsmethode. Die Krankenkasse weiß nach, daß auf 100 Arbeiter 70 Erkrankungsfälle kommen, eine Zahl, die zum Himmel schreit. Die Firma Krupp, die mit ihren Millionen prunkt, die sie zu „Wohlfahrtsanstalten“ gibt, sollte lieber angeben, wie viel sie aus der Arbeitskraft der Arbeiter herauszieht. Doch darüber läßt die Firma nichts verlauten. Wenn die Arbeiter regelmäßig die Schicht zu 24 Stunden machen würden, der Firma Krupp wäre es recht, ob auch hunderte oder tausende dabei zugrunde gingen. Dann treten andere wieder in deren Stelle; aber der Willkürherrscher ist desto reichlicher und der Knallsekt wäre — einige Millionen für den Wohlfahrtsfonds! Damit denkt man der blöden Masse Sand in die Augen zu streuen. Durch den bürgerlichen Blätterwahn raucht dann das hohe Lied der Wohlfahrtsfirma Krupp. Wie viel Tränen, Schweiß, Knochen, Blut und Leiden dazu gehört haben, der Firma diese Millionen in den Schoß zu werfen, darüber schweigt man aus „angeborener Schichternheit“. Seit 2 1/2 Jahren hat die hiesige Zaphirelei bei allen ihren Besprechungen den Punkt Überstundenwesen auf der Tagesordnung, daselbst haben die Christlichen und Hirsch-Lundenschen gemacht. So formten wir allmählich die Arbeiter auf das Schädliche der Überzeitarbeit hinweisen und mit Genugthuung kann konstatiert werden, daß es gute Früchte getragen hat. Vergehnen wollen wir nicht, daß noch viel zu tun übrig bleibt, denn eine Unflut, die sich im Laufe der langen Jahre eingebürgert hat, ist nicht mit einem Male aus der Welt zu schaffen. Ist es nicht tieftraurig, wenn die Statistik in Deutschland nachweist, daß im Jahre 1904 ungefähr an Toden und Schwerverwundungen auf dem Schlachtfeld der Industrie so viel gefallen sind wie 1870-71 im Kriege gegen Frankreich? Rheinland und Westfalen, speziell Gießen, trägt zu diesen Zahlen sehr viel bei. Jeden Fremden, der nach Gießen kommt, erfüllt es mit Grauen beim Anblick der vielen Krüppel, die auf der Straße je nach ihrem Unglück humpeln oder gefahren werden, abgesehen von denen, die an inneren Leiden sich umherwandelnd. Hier hat man es verstanden, die Arbeiter an Kriegervereine und sonstige Mumpizvereine zu stellen; aber die Arbeiter über ihre wirtschaftliche Lage aufzuklären und ihnen die gewerkschaftliche Organisation zu empfehlen, hat man für überflüssig gehalten. Die Ausbeutung wurde natürlich nicht gestoppt und das war die Hauptursache. Doch weit bereits ein anderer Wind in den Streifen der Arbeiter, sie haben begriffen, daß ihre Zukunft nicht die Schmarotzerei sind, sondern die Gewerkschaften. Am 17. Januar fand eine imposante Versammlung statt, in der nur ein Betrieb, und zwar der Lafettenbetrieb, vertreten war. Die Versammlung war ebenfalls von Deutschen Metallarbeiter-Verband, dem Hirsch-Lundenschen Metallarbeiter-Verband und dem Hirsch-Lundenschen Gewerksverein. Die drei Organisationsleiter der vorgenannten Organisationen referierten über das Überstundenwesen und vor allen dreien wurde der Firma Krupp nichts gekündet. Festgestellt wurde, daß die Leute innerlich zu den Überstunden gezwungen, sogar mit Entlassung bedroht wurden. Die Arbeiter mußten, oder besser gesagt, sie wurden aufgefordert, überzuarbeiten, obwohl für den Abend keine Arbeit vorhanden war. Der Grund ist sehr einfach, auf diese Art kommt man zu den „hohen Löhnen“. Beschlossen wurde, aus jeder Organisation drei Mann zu wählen, die drei Kollegen aus ihrer Mitte bestimmen und bei dem Referat und der Direktion vorstellig werden mußten. Mit Genugthuung muß konstatiert werden, daß die fröhliche Angst, gegen den Stachel zu lösen, verschwand war. Die Arbeiter merkten, daß trotz der hohen Nordmarkenkonjunktur, mitten reichen Millionenherde der Firma, die Arbeiter trotzdem nicht besser gestellt und lediglich auf Überzeitarbeit angewiesen waren, wenn sie etwas mehr Verdienst erzielen wollten. Das war den Arbeitern doch schließlich zu dünn und mit Recht wurde betont, daß ein Kruppisches Pferd bedeutend besser behandelt werde als ein Arbeiter. Kein Wunder! Ein Pferd kostet Geld, wenn es kaputt geht, ein Arbeiter gar nichts und bekanntlich hört vor dem Arbeiter der Mensch auf. Am 31. Januar, abends 6 Uhr, und am 1. Februar, morgens 6 Uhr, fand wieder eine Betriebsbesprechung statt, in der die Kommission ihren Bericht erstattete. Der Referat und der Betriebsleiter hatten in der Unterredung mit der Kommission zugegeben, daß das Überstundenwesen schädigend wirkte, ein Arbeiter, der regelrecht seine Schuldigkeit am Tage tue, sei unfähig, nach Feierabend daselbst zu leisten. Die beiden Betriebsbesprechungen ermächtigten die Kommission, bei der Direktion vorstellig zu werden. Wieder fanden am 12. Februar, abends 6 Uhr, und am 13. Februar, morgens 6 Uhr, imposante Betriebsbesprechungen statt. Eine Zusage, die Überstunden abzuschießen, so lautete der Kommissionsbericht, war von dem Herrn Direktor Ludde nicht abgegeben. Wenn die Arbeiter auch nicht ganz zufriedenge stellt sind, so ist doch ein zu verzeichnen, daß an dieser Stelle einmal durch Arbeiter nicht allein das Überstundenwesen, sondern auch andere Mängel richtig gekennzeichnet sind und so wird in der Zukunft weiter gehandelt

werden. Diese ganze Affäre hat noch ein Nachspiel, das tatsächlich zum Lachen reizt. Ganz unverhofft läßt die Firma in mehreren Werkstätten verschiedener Betriebe eine Krabbenkammer vornehmen, aber so raffiniert, daß man sich wundern muß, so etwas im zwanzigsten Jahrhundert zu erleben. Die Meister wurden herangezogen, aber diese liebten die Arbeiter ins Bureau kommen, und da wurden in vielen Werkstätten die Arbeiter nicht gefragt, ob sie für oder gegen die Überzeitarbeit seien, sondern man fragte sie, ob sie lieber bis 11 oder bis 9 Uhr arbeiten wollten. Andere wurden wieder gefragt, ob sie lieber Überstunden oder Nachschicht machen wollten. Es sind ein Teil Arbeiter bei diesen Fragen hereingefallen, doch die übergroße Stimmenzahl hat sich gegen die Überzeitarbeit trotz dieser demagogischen Winkelzüge erklärt. Ob es wahr ist, wie erzählt wird, daß 68 Prozent gegen und 32 Prozent für die Überzeitarbeit gestimmt haben, ist fraglich, denn eine Kontrolle über die Stimmen der Arbeiter. Mit Recht kann betont werden, wenn man bei der Umfrage in der vorher besprochenen Art und Weise von der Firma vorgegangen ist, indem man die Ehrlichkeit aus dem Spiele gelassen hat, so kann man auch annehmen, daß die Listen falsch sind. Es ist ja an und für sich bedauerlich, daß hier in Rheinland und Westfalen die Arbeiter gegen ein derartiges System Front machen müssen, wo man anderswo bereits durch die Macht der Organisation dazu übergegangen ist, die Arbeitszeit überhaupt zu verkürzen, hier quaden wir uns noch mit 24, 36- und 48stündiger Arbeitszeit herum. Die Machthaber haben recht, uns noch als minderwertig zu betrachten; doch wird auch für uns die Zeit nicht ferne sein, wo die Metallarbeiter durch die Macht ihrer Organisation den Herren begehrlich machen, daß auch der Arbeiter Mensch ist. Agitiert, Kollegen, der Boden ist gut, nicht minder die Menschen, ohne Arbeit keine Frucht! Wir wollen uns nicht von unseren Berufs-kollegen außerhalb Rheinlands und Westfalens beschämen lassen, zeigen wollen wir, daß das, was dort die Organisation geleistet hat, auch hier möglich ist.

Fürstentum. Am Donnerstag den 8. d. M. fand hier eine vom Deutschen Metallarbeiter-Verband und dem Gewerksverein der Maschinenbauer einberufene Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Püntsch, Filiale Fürstentum, statt. Es waren ungefähr 700 Personen anwesend. Anlaß hierzu waren die Mißstände und Arbeitsverhältnisse in genannter Firma. Referent Herr Jordan (Gewerksverein) konstatierte zunächst, daß infolge der regellosen Arbeitszeit in den einzelnen Abteilungen sich der Arbeiter eine steigende Unzufriedenheit bemächtigt. In der Abteilung Maschinenbau war kurz vor dem Betriebsübernehmer Lampe die Arbeitszeit von zehn Stunden auf sechs Stunden reduziert worden. Begründet wurde die Verkürzung damit, daß die Arbeiten in der Dreherei in Rückstand gekommen seien. Dies trifft jedoch nur in sehr bedingtem Maße zu und nur deswegen, weil der Gang meist so mangelhaft ist, daß selten ein Arbeitsstück beim erstenmal gebraucht werden kann. Soll es doch vorkommen, daß ein Arbeitsstück zweimal dreimal gegeben oder geschweigt werden muß, ehe es zu gebrauchen ist, nachdem es vorher ebenso oft gedreht wurde. Zudem soll Herr Lampe den Drehern bekanntgegeben haben, daß die Arbeiten in der Hälfte der Zeit, nach keiner Überzeugung, fertiggestellt werden können. Weiter wurde betont, daß es schon schwer verständlich sei, wenn in einem Betrieb mit zickta 1200 bis 1400 Arbeitern die Fertigung der Arbeit in einer Abteilung so plötzlich gestoppt kann, daß heute noch zehn Stunden, morgen jedoch nur noch sechs Stunden gearbeitet werden können, so sei es aber nicht nur schwer verständlich, sondern entschieden zu verwerfen, wenn zu gleicher Zeit, wo hier die Arbeitszeit verkürzt wird, in einer anderen gleichartigen Abteilung noch Überstunden gemacht werden müssen. Außerdem sind zahlreiche Werkzeugmaschinen, Drehbänke, Bohrmaschinen u. a. in den anderen Abteilungen in so reparaturbedürftigen Zustand, daß die im Maschinenbau befindlichen Schlosser, etwa 20 an der Zahl, ihre volle Beschäftigung haben würden, diese Maschinen wieder gebrauchsfähig zu machen. Ein Ersuchen der im Maschinenbau beschäftigten Schlosser, einige von ihnen im Feinwerkmaschinenbau zu beschäftigen — das ist die Abteilung, die mit Überzeit arbeitet — wurde von Herrn Lampe abschlägig beschieden, da dort die Maschinen kaum ausreichen, um die Vorausarbeiten für die dort beschäftigten Schlosser zu bewältigen, viel weniger, wenn er noch Einstellungen machen sollte. Persönliche Anfragen bei dem Meister des Feinwerkmaschinenbaus wurden von diesem dahin beantwortet, daß, wenn er sich einen Schlosser anlernt, dieser sich auch verpflichten müsse, permanent bei ihm zu bleiben. Hierbei hat es allerdings nichts zur Sache, daß der betreffende Meister sich mit einem früheren von ihm getanen Ausprägung in Widerspruch setzt, wonach ein Schlosser sofort jede Schlosserarbeit zu verrichten imstande sein müsse. Die im Feinwerkmaschinenbau beschäftigten Schlosser halten nun in einer Werkstattbesprechung beschlossen, Überstunden nicht mehr zu leisten, so lange die Kollegen im Maschinenbau verkürzte Arbeitszeit haben. Dies wurde dem Betriebsleiter des anderen Tages mitgeteilt. Die Antwort des Herrn Lampe war, daß, wer keine Überstunden leisten wolle, sich als entlassen zu betrachten habe. Trotz dieser Maßregel besorgte man, daß sich niemand darauf setzen würde, und manmehr wurde den betreffenden Arbeitern kurz vor Feierabend eine Lohnzulage von 2 bis 5 Pf. pro Stunde zugesichert. Nun geschah, wie in der Division Kollege Jernicke sehr richtig anführte, daß, was jedem organisierten Kollegen die Schamröte ins Gesicht treiben muß, die Schlosser im Feinwerkmaschinenbau verkaufen ihre Ehre für 5 Pf. und arbeiten nach Feierabend. Soweit hier Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Betracht kommen, ist es selbstverständlich, daß dieselben nun auch die sich aus solcher Handlungsweise ergebenden Konsequenzen tragen müssen. Zur weiteren Verlauf der Versammlung wurde das rigore Verhalten des Betriebsleiters Lampe den Arbeitern gegenüber scharf beleuchtet. Dies tritt am markantesten in seinen Erläuterungen zutage. Man hat das Gefühl, als ob ein Feldweibel Refusieren energisiert. Als im vorigen Herbst die in der Kleinwerkmaschinenbau Arbeiter bei Herrn Lampe vorstellig wurden wegen besserer Heizung und Ventilation, wurden wohl Verbesserungen versprochen, jedoch in dies aber auch alles. Festgehalten wurde besonders das Verhalten und die Praktiken des in der Abteilung Maschinenbau als Meister angestellten Herrn Karl Rosenbergs. Die Vetterwirtschaft treibt bei ihm herrliche Blüten. Der Herr verzieht es weiter, sich vor den ihm unterstellten Arbeitern billige Tausen zu verschaffen. Auch das Unkraut seines Gartens und das Anpflanzen von Stachelbeerräucherern so kostet ihm wenig. Dafür ist er ja Werkmeister. Es würde zu weit führen, alles wiederzugeben, was man diesem Herrn vorwarf. Da er selbst in der Versammlung anwesend war, wurde er wiederholt aufgefordert, sich zu verteidigen. Der Herr besaß zwar die eiserne Stirne, bis zu Ende der Versammlung zu bleiben und mit zynischen Sachen alles über sich ergehen zu lassen, zum Werte hat er sich aber wohlweislich nicht gemeldet. Auch eines Hilfsarbeiters wurde gedacht. Der glaubt, so beiläufig den Vorgesetzten machen zu können. Er ist die rechte Hand des Herrn Rosenbergs, dessen Aufgaben für diesen die maßgebenden sind. Zum Schluß wurde folgende vom Kollegen Jernicke vorgeschlagene Resolution verlesen: „Die heutige Versammlung aller bei der Firma Püntsch beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen verurteilt auf das entschiedenste das selbstherrliche Vorgehen der Betriebsleitung und Meister. Die Versammelten erklären das Verhalten der Arbeiter des Maschinenbaus als eine den Interessen der Arbeiter zuwiderlaufende Handlungsweise und verpflichten sich, sich Mann für Mann der Organisation anzuschließen, um den unerhörten Zuständen in diesem Betrieb mit aller Energie entgegenzutreten zu können.“ Diese Resolution wurde einstimmig angenommen.

Reifen. In der Meißner Maschinenfabrik von Sieffelt & Co. haben am Dienstag den 20. Februar die Meister der Abrana- und Metall-Montage die Kündigung eingereicht. Im August 1904 haben sich die Arbeiter der Firma gezwungen, wegen fortgesetzter Lohnreduzierungen in Versammlungen Stellung zu nehmen. Die Arbeiter forderten von den Inhabern der Firma das Versprechen, keine Lohnkürzungen mehr vorzunehmen, die Mißstände möglichst abzuschaffen und keinen Arbeiter auf Grund der erfolgten Lohnkürzungen zu entlassen. Diese Forderung haben die Herren Kommerzienräte, indem sie auch noch versicherten, das niemand wegen der Zugehörigkeit zur Organisation Schwierigkeiten bereitet werden sollen.

Notiz nehmen. Hierauf wurde folgender Antrag der Kommission von der gut besuchten Versammlung mit allen gegen zwei Stimmen angenommen: „Die Folge der Tatsache, daß unter den im Schmiedehandwerk beschäftigten Kollegen, soweit sie sich Organisationsangehörigen haben, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen, eine Spaltung besteht, indem ein Teil im Zentralverband aller in der Schmiederei beschäftigten Personen, der andere Teil im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisiert ist, woraus resultiert, daß bisher die Interessen unserer Berufsangehörigen nicht in dem Maße vertreten werden konnten, als wenn sie einheitlich organisiert gewesen wären, zu beseitigen, beantragt die Zahlstelle Altona, die Generalversammlung wolle beschließen: Es ist eine Grundlage zu schaffen, auf welcher die Einigungsverhandlungen respektive Vereinbarungen mit den maßgebenden Instanzen zwecks Verschmelzung des Zentralverbandes aller in der Schmiederei beschäftigten Personen mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband in die Wege geleitet werden.“ Nachdem noch mehrere Vereinsangelegenheiten ihre Erledigung gefunden, trat Schluß der sehr gut besuchten Versammlung ein.

Hamburg. Mitgliederversammlung des Zentralverbandes aller in der Schmiederei beschäftigten Personen am 10. Februar. Zunächst gab der Vorsitzende bekannt, daß vom hiesigen Gewerkschaftsrat ein Bericht über die „Abtammung des Menschen“ in den verschiedenen Stadien von Hamburg und Altona vorgelegt worden; es wird um zahlreiche Beteiligung an denselben aufgefordert. Den Bericht der Statutenkommission erläuterte Kamp. Vor der Diskussion wurde ein Antrag zum Anschluß an den Metallarbeiter-Verband gestellt, der aber vorläufig noch zurückgestellt wurde. Die Paragraphen des Statutenentwurfes wurden dann einzeln bis § 6, an den sich noch eine Diskussion knüpfte, angenommen. Hierauf trat wegen vorgerückter Zeit Vertagung ein. Da noch eine Extraversammlung nötig ist, forderte der Vorsitzende auf, in dieser vollständig zu erscheinen.

Rundschau.

Reichstag.

(19. bis 24. Februar). Das Ergebnis der am Mittwoch der Berichtswöchigen abgeschlossenen dreitägigen Debatte über den sozialdemokratischen Wahlrechtsantrag war das, übrigens voraussetzende, völlige Versagen der bürgerlichen Parteien. In ihrem blinden Haß gegen das aufstrebende Proletariat lassen sie selbst Positionen fahren, auf denen ihre Väter noch heisse Kämpfe ausgefochten haben. Das geschichtliche Ergebnis solcher Debatten ist immer aufs neue die Erkenntnis, daß wir auch in Deutschland doch eigentlich nur zwei Parteien haben: eine für den Fortschritt kämpfende, nämlich die sozialdemokratische, und eine prinzipiell rückwärtliche, in verschiedene Gruppen nur äußerlich zerfallende, nämlich sämtliche bürgerlichen und junkerlichen Parteigruppen. Die Hoffnungen auf zunehmende Demokratisierung der öffentlichen Einrichtungen und auf Überwindung des kapitalistischen Lohnsystems beruhen ausschließlich auf der ersten, für die es also die Mehrheit der Bevölkerung zu gewinnen gilt. Das sprach mit klarem und vom Moment sehr glücklich eingegebenen Worten Bebel an Schluß der Debatten in einer Polemik gegen den haßerfüllten „Prediger der christlichen Liebe“, den ehrenwerten Stöcker aus Stöcker versuchte in seiner Hegemonie die inneren Zwistigkeiten der sozialdemokratischen Partei gegen die Wahrheiten des Sozialismus selbst auszuspielen und gab durch diese Bemühungen allen Vertretern der Arbeiterpartei gar viel zu denken auf. Es kann tatsächlich keinem Zweifel unterliegen, daß die Sucht, Meinungsverschiedenheiten immer in den extremsten Ausdrücken auszuspitzen und die einzelnen Zweige der Arbeiterbewegung gegen einander auszuspielen, uns in der notwendigen Agitationsarbeit leicht vermeidbare Erschwerungen schafft und den Gegnern ein allzu bequemeres Material zur Freiführung der Zunge geliefert hat. Das tritt jetzt immer deutlicher zutage und sollte nicht verschwiegen werden.

Der beliebte Kniff unserer Gegner, unsere Tätigkeit im Reichsparlament als eine rein negative und unfruchtbare hinzustellen, scheiterte in der Berichtswöchigen wieder einmal an dem Verhalten der sozialdemokratischen Fraktion bei der Beratung eines Handelsprovisoriums mit den Vereinigten Staaten. Würde man eine „Wohlfahrtspolitik“ für zulässig erachtet haben, so hätte man eine ganze handvolle Mittel gehabt, um der Regierung die ernstesten Schwierigkeiten zu bereiten. Die Agrarier legten es geradezu darauf an, einen Zollkrieg mit Amerika zu provozieren, nachdem es der Regierung nicht gelungen ist, mit den Amerikanern einen brauchbaren Handelsvertrag abzuschließen. Aber ihr Bestreben zielt auf den entschlossenen Widerstand der sozialdemokratischen Partei, die, nicht um der schönen Augen der Regierung willen, sondern aus Sorge für das Wohlergehen des Volkes, dem vorgeschlagenen Provisorium zustimmen und dadurch auch die Mittelparteien zum Standhalten zwingen. Ein Zollkrieg mit der amerikanischen Union würde unserer Exportindustrie eine schwere Wunde schlagen und gleichzeitig die notwendigen Lebensmittel noch mehr verteuern. Daher konnten die Sozialdemokraten als Realpolitiker nicht anders handeln.

Den Abschluß der Woche bildete die Beratung des Justizetat, die zu scharfer Kritik der Klassenjustiz Gelegenheit gab. Es liegt in der Natur der Sache, daß die Klassenjustiz immer unverhüllter ihres Wesens Wesenheit enthüllt; in erster Linie gilt das von ihrem Eingreifen in die Lohnkämpfe der gewerkschaftlichen Arbeiter. Die drakonischen Streikurteile sind viel charakteristischer und viel bedeutender als die in politischer Leidenschaft wurzelnden harten Urteile in Preßprozessen. Härte und ungerechte politische Urteile hat jede Zeit gekannt; die Gewerkschaftsprozesse konnten aber ihren heutigen Umfang erst erreichen, als die Gewerkschaftsbewegung ihre Kinderstube ausgetreten hatte und zu einer gefährlichen, weil machtvollem, Gegner des kapitalistischen Unternehmertums geworden war. Wir verweisen unsere Leser ausdrücklich auf die sozialdemokratischen Reden zum Justizetat, in denen die Streikprozesse besprochen wurden.

Der Schwerpunkt der parlamentarischen Verhandlungen lag in der Berichtswöchigen in der Budgetkommission, die bei der Behandlung des Kolonialetat mit dem System Stöcker, das heißt mit der Verschönerung unheimlicher Tatsachen und der Mißachtung des Ausgabebewilligungsrechtes des Reichstages gründlichst ausräumte. Diese Kommissionsarbeiten erregen im Volke wenig Beachtung, sind aber für die Haltung der Volkerversammlung in den wichtigsten Fragen durchaus richtunggebend. Ihre Resultate werden hier näher zu betrachten sein, wenn erst der Kolonialetat zur Verhandlung im Plenum steht.

Gewerkschaftliches.

Am 11. und 12. Februar tagte in Essen ein von der Siebenerkommission einberufener preussischer Bergarbeiterdelegierten-tage. Es waren 157 Delegierte erschienen, von denen 66 dem christlichen Gewerbeverein, 76 dem alten (freien) Verband, 17 dem polnischen Verband, 7 dem Hirsch-Dunckerischen Gewerbeverein und 1 dem „Berein zur gegenseitigen Hilfe“ angehören. Der alte Verband umfaßt 130000 Mitglieder, der christliche Verband 80000, die Hirsch-Dunckerische und polnische Organisationen haben nur einige tausend Mitglieder. Der erste Verhandlungsgegenstand betraf die Stellungnahme zum Knappschaftsgesetzentwurf, der bereits in erster Lesung den preussischen Landtag beschäftigt hat. Nach einem Referat des Knappschaftsältesten Brinke wurde eine Resolution angenommen, die in nicht weniger als 24 Punkten Abänderungen zu dem Entwurf beantragt. Von der „Güte“ dieses Dreiklassenhaus-Beleg-

entwurfes kann man schon einen leisen Begriff bekommen, wenn man hört, daß nach dem Entwurf die Invaliden-, Witwen- und Waisenrente nebst Sterbegeld nur dann bezahlt werden soll, wenn Arbeitsunfähigkeit oder Tod nicht durch eigenes Verschulden verursacht worden sind. Zum zweiten Punkt: Schaffung eines Reichsberggesetzes wurde eine Resolution beschlossen, die ausspricht, daß die Bergarbeiter nach wie vor daran festhalten, daß ein Berggesetz für das ganze Reich geschaffen werde. Die Resolution fordert ferner, daß das Knappschaftswesen in dem Sinne reformiert und geregelt werde, wie es im März 1905 der preussische Bergarbeitertag beschloß. Falls jedoch die Regierung abgeneigt sei, ein einheitliches Reichsberggesetz zu schaffen, so ersucht der Bergarbeitertag die Regierung und den Reichstag, die Gewerbeordnung noch in dieser Session so zu ändern, daß zum Schutze der Bergarbeiter eine Anzahl näher bestimmter Vorschriften über Schichtarbeit, Über- und Nebenarbeiten, Mullen, Gedänge, Fessen, Wohnungen, Grubenkontrollen, Arbeiterausschüsse und ihre Befugnisse, Reform des Knappschaftswesens, Schiedsgerichte für Streitigkeiten und Einrichtung von Braueibäder für alle Gruben u. s. w. erlassen werden. — Als dann wurde eine Resolution angenommen, die den Parteien im Reichs- und Landtag, die für Aufklärung der Vorurteilsfrage eingetreten sind, den Dank der Bergarbeiter ausspricht. Der dritte und letzte Punkt betraf die Lohnfrage. Es wurde festgestellt, daß die Löhne der Bergarbeiter zurückgehen, obwohl die Unternehmer von Jahr zu Jahr steigende Dividenden erhalten. Es wurde in einer Resolution ausgesprochen, daß die bisher bezahlten Löhne zum Lebensunterhalt der Bergarbeiter und ihrer Familien nicht ausreichen und daß deshalb eine entsprechende Lohnerhöhung gefordert werden müsse. Der Delegiertentag appelliert ferner an die öffentliche Meinung sowie an die Staatsregierung, mit dahin zu wirken, daß diese das allgemeine Wohl schädigenden Zustände beseitigt und den deutschen Bergarbeitern ein Lohn bezahlt werde, der dem heutigen Werte der geleisteten Arbeit entspricht. Die Siebenerkommission wird hierauf erneut von der Konferenz als Vertretung der deutschen Bergleute ernannt. Ein Antrag der Zahlstelle Herne des alten Verbandes, die bestehende Verbände zu verschmelzen, wurde den Organisationen zur Erwägung überwiesen. Im Schlußwort betonte der Vorsitzende, Reichstagsabgeordneter Sachs, die trotz kleiner taktischer Differenzen stets hochgehaltene Einigkeit in den für die Bergarbeiterschaft wichtigen prinzipiellen Fragen.

Ar. 7 der Buchbinder-Zeitung, des Organs des Deutschen Buchbinder-Verbandes, ist in einer Auflage von 20200 Exemplaren erschienen.

In Swinemünde sind sämtliche organisierten Hafenarbeiter ausgesperrt worden. Die Unternehmer wollen die Organisation zerstören.

In Hamburg sind die Schauerleute und Kohlenarbeiter in den Streik getreten. Sie fordern Lohnerhöhung und Beseitigung der Nachtarbeit.

Der Schmie-Verband hat im verflorenen Jahre bezüglich der Mitgliederzahl einen tüchtigen Fortschritt gemacht. Die Mitgliederzahl liegt von 12908 auf 16712. Durch große Aussperrungen ist jedoch der Vermögensbestand etwas stark in Mitleidenchaft gezogen worden, so daß sich dieser fast um 8000 Mk. verringerte. Die gewaltigen Kämpfe, die meist mit dem Metallarbeiter-Verband gemeinsam geführt werden mußten, haben den Gedanken einer Verschmelzung mit dem Metallarbeiter-Verband erneut aufgerollt. Seit Wochen wird über diese Frage im Verbandsorgan eifrig debattiert. Die im Mai in Berlin stattfindende Generalversammlung wird über diesen Punkt Beschluß fassen.

In Ronkang sind ganz plötzlich die Zimmerer ausgesperrt worden, weil sie sich weigerten, einen von den Unternehmern einseitig aufgestellten Tarif anzunehmen, der neben geringer Lohnerhöhung eine Anzahl Verschlechterungen erhielt. Es sind 30 Mann ausgesperrt.

Eine Massenaussperrung der Holzarbeiter. Die Vereinigung der Stuhlfabrikanten in Waldheim hat infolge der Massenaussperrungen in Heringswalde allen dem Holzarbeiter-Verband angehörenden Arbeitern gekündigt. Diese Aussperrungen dürften sich auch auf die Stuhlfabrikanten in Gartha, Leisnig, Neuwahlwitz und Schweidnitz erstrecken. In Waldheim sind von der Kündigung etwa 420 Arbeiter betroffen worden.

Das neue Statut des Deutschen Senefelderbundes ist ungültig. Einige Mitglieder des Senefelderbundes haben die jüngst erfolgte Statutenänderung beanstandet, weil sie mit der Verschmelzung des alten Senefelderbundes mit dem Verein der Lithographen und Steinbrücker nicht einverstanden waren, und gegen den Vorstand Klage erhoben. Das Landgericht in Frankfurt als erste Instanz gab dem Klageantrag statt und stellte die Ungültigkeit des neuen Statuts fest. Am 22. Januar beschloß sich das Oberlandesgericht als Berufungsinstanz ebenfalls mit der Streitfrage. In der jetzt erfolgten Verkündung des Urteils wurde die Verfassung des Vorstandes verworfen. Wenn das Reichsgericht nicht noch eine andere Entscheidung trifft, dann muß das abgeänderte Statut einer nochmaligen Beratung unterzogen werden.

Aus den Unternehmerverbänden.

Wieder neue Urteilsbriefe. Unentwegt setzen die Unternehmer ihr gemeingefährliches Treiben fort, Arbeiter, die gewillt sind zu arbeiten, von der Arbeit abzuhalten. Da diese Machinationen sich bisher als ein vorzügliches Agitationsmaterial für den Deutschen Metallarbeiter-Verband erwiesen haben, beeilen wir uns aufs neue, einige hübsche, uns auf den Schreibtisch geflossene Dokumente der Öffentlichkeit zu übergeben.

Verein Deutscher Arbeitgeberverbände.

Berlin, den 25. Januar 1906.

Rundschreiben Nr. 6 pro 1906.

Z.-Nr. 47.
Die in beifolgender Liste verzeichneten Arbeiter der Firma Gebr. Pfeiffer in Kaiserslautern sind wegen unberechtigter Weise in den Ausstand getreten. Auf Antrag des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller sind die Genannten gemäß § 20 der Satzungen bis auf weiteres von der Einstellung auszuschließen.

Hochachtungsvoll

Verein Deutscher Arbeitgeberverbände.

Die Liste enthält die Namen u. s. w. von 33 Formern, 6 Kernmachern, 3 Schupfern, 1 Schloffer und 2 Hilfsarbeitern.

Berlin, den 25. Januar 1906.

Rundschreiben Nr. 7 pro 1906.

Z.-Nr. 48.
Bei der Firma Ulrich & Hinrichs, A.-G., in Ratingen bei Düsseldorf haben die auf beigefügter Liste verzeichneten Kupferschmiede gekündigt und über den genannten Betrieb die Sperrung verhängt. Auf Antrag des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller sind dieselben bis auf weiteres gemäß § 20 der Satzungen von der Einstellung auszuschließen.

Hochachtungsvoll

Verein Deutscher Arbeitgeberverbände.

Diese Liste enthält die Namen u. s. w. von 18 Kupferschmieden.

Verein Deutscher Arbeitgeberverbände.

Berlin, den 27. Januar 1906.

Z.-Nr. 49.
Rundschreiben Nr. 8 pro 1906.
Bei der Firma Konradt & Giesingerei W. Giesing in Konradt haben die nachstehend benannten Formner wegen vorüberdauernder Differenzen mit der Firma in völlig ungerichtlichem Weise die Kündigung eingereicht.

(Dann folgen die Namen u. s. w. von 7 Formnern, die selber — natürlich „in völlig ungerichtlichem Weise“ — gekündigt haben und von 2 Formnern und 1 Kernmacher, denen vom Unternehmer — auch „in völlig ungerichtlichem Weise“ — gekündigt worden ist.)

Auf Antrag des uns angeschlossenen Arbeitgeberverbandes von Hemscheid und Umgebung ersuchen wir die genannten Arbeiter gemäß § 20 der Satzungen bis auf weiteres von der Einstellung auszuschließen.

Hochachtungsvoll
Verein Deutscher Arbeitgeberverbände.

Ein Klein wenig gelernt haben die Unternehmer aber doch. Das zeigen die folgenden beiden Rundschreiben:

Verein Deutscher Arbeitgeberverbände.
Berlin, den 2. Februar 1906.

Rundschreiben Nr. 9 pro 1906.

Der Streik bei der Firma S. Mundlos & Co. in Magdeburg-N. ist beendet.

Auf Antrag unseres Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller haben wir die mit Rundschreiben Nr. 3 vom 15. Januar 1906 verhängte Sperre hiermit auf.

Hochachtungsvoll
Verein Deutscher Arbeitgeberverbände.

Z.-Nr. 50.
Berlin, den 2. Februar 1906.

Rundschreiben Nr. 10 pro 1906.

Die infolge Wahlbenachteiligung in Hamburg von der Arbeitstätigkeit weggebliebenen Arbeiter haben die Arbeit inzwischen wieder aufgenommen.

Auf Antrag des Gesamtverbandes haben wir die mit Rundschreiben Nr. 5 vom 19. Januar 1906 verhängte Sperre hiermit auf.

Hochachtungsvoll
Verein Deutscher Arbeitgeberverbände.

Es hat doch etwas genügt, daß einige Firmen verurteilt worden sind, ausgesperrten Arbeitern Schadenersatz zu gewähren, nachdem die Kühnemannier es gar zu bunt getrieben hatten.

Aus dem Königreich Krupp.

Um die Auffrischung des Broterregens, das seit dem Tode des Herrn Krupp die galoppierende Schwindsucht bekommen hat, bemühte sich in einer Versammlung Kruppischer Arbeiter der Landrat a. D. und jetziger Generaldirektor des Kruppischen Direktoriums, Herr Röttger. 406 Jubilare hatte man in der Bierhalle am Kronenberg versammelt zur Eingegnahme des Kruppischen Jahresberichts für 25 jährige treue Dienstleistung in Gestalt einer goldenen Schließnadel, die von Frau Krupp und ihren Töchtern verteilt wurden. Bei dieser günstigen Gelegenheit ist es begreiflich, daß Herr Röttger eine längere Rede von Stapel ließ, um seine feudalstädtische Anschauung darzulegen in bezug auf das Verhältnis zwischen Arbeiter und Arbeitgeber. Aus dem Redebandwurde entnehmen wir der Essener Volkszeitung nachstehende Sätze:

Meine Herren Jubilare! Es ist das gerade jetzt keine ganz leichte Aufgabe, wo infolge erheblicher Erweiterungen unserer Arbeitstätigkeit eine große Zahl neuer und junger, mit unseren Einrichtungen noch nicht vertrauter Arbeitskräfte zu uns gekommen ist. Aber das muß ich hier betonen: Wenn aus den Kreisen dieser Hingekommenen in letzter Zeit zu unserem größten Bedauern ganz unüberlegte Demonstrationen ausgeführt worden sind, die sich mit dem vorzüglichen Geist (?), der in unserer Fabrik vorherrscht, und durch den sie nicht zuletzt so groß geworden ist, absolut nicht vertragen, so wissen wir, daß unsere alte Arbeiterschaft, unsere alten Werkangehörigen allen derartigen Bewegungen fernstehen und sie auf das schärfste verurteilen. Deshalb lassen wir uns nicht durch solche Vorwommisse anfechten. Wir wissen, was für einen vorzüglichen Kern bewährter Arbeiter wir haben und hoffen bestimmt, daß das gute Beispiel unserer alten treuen Arbeiter den jüngeren die Überzeugung beibringen wird, daß auf der Fabrik allemal das Vertrauen und nicht der Kampf der Arbeiter gegen die Fabrikleitung zum Ziele geführt hat. Und so soll es auch bleiben. Sie, meine Herren, die Sie schon Jahrzehnte hier arbeiten, und die Sie die Mühe des Lebens genugam durchgekostet haben, Sie wissen, daß es sich heute in großen und ganzen besser leben läßt als vor 25 Jahren; daß es im ganzen genommen heute schon Ihren Kindern wesentlich leichter wird, im Leben fortzukommen, als es Ihnen selbst einmal beschieden war. Freilich, das versteht sich von selbst, es kann noch viel besser werden und wird es. Aber mit Überführungen, in Sturm und Drang ist nichts getan. Alles wird nur erreicht durch ständige, ruhige Arbeit, dann können sich die Verhältnisse nur gebedlich weiter entwickeln und bessern, wo sie noch zu bessern sind, vor allem aber nur, wenn unsere Industrie stark bleibt. Wir haben so viel Arbeit im Deutschen Reich, daß wir noch mehr fleißige Hände beschäftigen könnten. Sehen wir alles daran, daß wir auf dieser Höhe bleiben, damit auch für die heranwachsende Generation genügend Arbeit vorhanden ist. Das geht nur, wenn Vertrauen zwischen Arbeitern und der Leitung besteht. Manche blühende Industrie ist durch Mangel an Vertrauen — nicht zuletzt zum Schaden der Arbeiter — zugrunde gegangen. Es wäre wirklich undenkbar, wenn man dessen, was man Gutes hat, vergessen wollte über dem, was man haben möchte.

Nach Herrn Röttger sind also alle gewerkschaftlichen Bestrebungen überflüssig. Man hat sich nur dem Broterregern anzuvertrauen, dann ist es uns das Wohl der Arbeiter gut bestellt. Herr Röttger gibt mit seinen Auslassungen auch zu erkennen, daß die Vorstellungen der Arbeiter bei dem Direktorium wegen Abschaffung der Überstunden in den oberen Regionen stark verschleppt haben. Darüber, wie auch über die Rede des Herrn Röttger, geht die moderne Arbeiterbewegung zur Tagesordnung über. Bezeichnend ist, daß die Zentrumspresse diese Ausführungen widerspruchslos aufnimmt. Eine nette Arbeiterpartei.

Von der ehrenwerten Gattin der Arbeitwilligen.

Die Münchener Post berichtet: „Vor den Richtern steht ein bleiches abgemagertes Weib, ärmlich gekleidet, an der Hand ein etwa 13 jähriges Mädchen führend. Es ist die Schlossersfrau Philomena Fischer und ihre Tochter Pauline, letztere angeklagt des Betrugs und Betrugsversuchs, weil sie im August vorigen Jahres in verschiedenen Geschäften des Nordviertels Geware von geringem Werte unter dem Vorbringen, die Mutter habe gerade kein Kleingeld und werde später bezahlen, herausgeschwindelt beziehungsweise erhalten versucht hatte. Die Mutter steht unter der Anklage, die Kleine dazu angestiftet zu haben. — Es ist eine traurige Geschichte, die die Mutter unter Tränen den Richtern erzählt: Seit neun Jahren ist ihre Ehe aus Verschulden des Mannes geschieden und die Frau mit zwei Mädchen, der mitangeklagten Pauline und einer zehnjährigen Tochter, verlassen. Mit Waschen und Bügeln bringt sie sich kümmerlich durch; der Mann verkauft gar oft die Alimentspflicht, er hat mit einer anderen Frauenperson einen neuen Haushalt gegründet. Zweimal schon mußte sie je einen Tag Haft verbüßen, da sie, um den Hunger der Kinder zu stillen, gebettelt hatte. Sie gibt auch die ihr nunmehr zur Last gelegte Handlungsweise zu: damals sei eben die Not wieder sehr groß gewesen und sie habe gedacht, die Einkäufe später wieder bezahlen zu können (was sie inzwischen auch getan habe). Der mit den Nachforschungen betraute Schöffe man schilberte die Wohnung der Frau als eine derart erbärmliche, wie er sie in seinem Beruf noch nie angefaßt. Die Sagerstätten seien keine Betten mehr zu nennen und auch sonst solche das nötige Mobiliar. Das Gericht erkannte gegen Pauline Fischer auf die Strafe des Verweises, gegen die Mutter auf drei Tage Gefängnis, indem es gleichzeitig beschloß, sie der Gnade des Prinzregenten zu empfehlen. — Dazu wird uns aus Metallarbeiterkreisen geschrieben: Wer ist der faubere Herr, der seiner Familie so unglückliches Glend bereitet? Es ist der Schlosser Joseph Fischer, der zu der gefelht besonders geschickten und von der bürgerlichen Preiße sonst über den Schellentönig gefeierten Kategorie der Arbeitwilligen zählt. Und ungeachtet des Umstandes, daß ehrliche Arbeiter mit den Fingern auf Fischer deuteten, behielt er doch den traurigen Mut, im vergangenen Herbst ein Arbeiterfest zu besuchen. Als ihm da ein Kollege die volle Wahrheit über sein verwerfliches Treiben ins Gesicht jagte, ließ Fischer zum Kadi, um seine verlorene Ehre wieder herzustellen zu lassen. Mit dem Brüllton heiligster Überzeugung verlangte er

